

DIGITALPOLITIK NACH DER WAHL

## Jetzt fängt die Arbeit an

LEITARTIKEL

**Harte Arbeit am Konsens –  
Kommunale Ebene berücksichtigen**

KONSEQUENTE UMSETZUNG

**Interview mit Bundes-CIO  
Klaus Vitt**

ABSCHIED VON HIERARCHIEN

**Agile Softwareentwicklung**

### Regionalausgabe

**regio it**

NACH 40 JAHREN INFOKOM

**Hubert Kochjohann  
geht in den Ruhestand**

ABFALLNAVI FÜR AACHEN

**Als App und im Web:  
regio iT-Abfallkalender**

STADTBIBLIOTHEK GÜTERSLOH

**Automatische  
Medienannahme und  
-sortierung**

AXIANS INFOMA  
INNOVATIONSPREIS

**Borgholzhausen und  
Düren ausgezeichnet**

EWORLD ENERGY & WATER

**Hoher Andrang  
am Messestand**

EFLEET-BUCHUNGSSYSTEM

**E-Fahrzeug-Flotten  
effektiv managen**



Besser gleich auf Synergien setzen!

# Online zum Amt – rund um die Uhr.



## Dort sein, wo der Bürger ist: online – mit dem Bürgerservice-Portal

Weil die Lebenswirklichkeit vieler Deutscher mehr und mehr online stattfindet, lassen sich über 70 Verwaltungsdienste, von A wie Antrag Meldebescheinigung bis Z wie Zulassung fabrikneuer Fahrzeuge, über das Bürgerservice-Portal der AKDB bequem von zu Hause aus erledigen. 24 Stunden täglich, jeweils integriert in die betreffenden Fachverfahren. Mit einer Portallösung, die deutschlandweit Maßstäbe setzt.

[www.akdb.de](http://www.akdb.de)

Jetzt die neue SYNERGO®-  
Produktgeneration entdecken!

**AKDB**  
Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.



▲ Peter Kühne ist Vorsitzender des Vitako-Vorstands.

# Liebe Leserinnen und Leser,

ursprünglich war unser jetziges Schwerpunktthema „Digitalpolitik nach der Wahl“ schon für das letzte Heft eingeplant. Doch Regierungsbildung und Koalitionsvertrag haben etwas auf sich warten lassen, und so kommt es, dass nun schon ein drei Viertel Jahr Legislatur vorüber sind, bevor mit kommunalen Spitzenverbänden, Kommunen und den netzpolitischen Sprechern der Parteien wichtige Stimmen zu Wort kommen. Was sticht am Koalitionsvertrag positiv hervor, was ist eher kritisch zu betrachten? Welche Handlungsfelder sollten Priorität genießen, welche Projekte müssen dringend weiter angestoßen werden? Die Stimmung ist zuversichtlich, das ist deutlich zu merken – endlich erfährt die Digitalisierung die Anerkennung, die sie nach unserer Meinung längst verdient. Die Arbeit fängt jetzt an!

Welche Hindernisse aus dem Weg geräumt und welche großen Aufgaben nun umgesetzt werden müssen, daran erinnert Vitako-Geschäftsführer Ralf Resch im Leitartikel. Vitako will und wird sich engagiert an der Gestaltung der Digitalisierung beteiligen und plädiert dafür, dass

Digitalisierung – beispielsweise in Form des antraglosen Elterngeldes – konkret erlebbar werden muss. Im Interview mit Bundes-CIO Klaus Vitt, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) und IT-Beauftragter der Bundesregierung, erfahren wir von der Kontinuität seiner Arbeit bei Portalverbund, Onlinezugangsgesetz und den Bürgerkonten. Beim Blick über den Tellerrand – nach Österreich – kommt etwas Neid auf: Mit der Digital Road Map Austria hat unser Nachbar weitreichende Modernisierungsprojekte für seine Verwaltung angeschoben und in vielen Bereichen bereits umgesetzt.

Für die Rubrik „Digitale Verwaltung“ führen wir eine Miniserie über Servicekonten fort und stellen diesmal das vom KDN – Dachverband kommunaler IT-Dienstleister entwickelte Servicekonto.NRW vor. Ein weiteres spannendes Thema ist die inzwischen auch in der öffentlichen IT etablierte agile Softwareentwicklung. Dataport, das Bundesverwaltungsamt (BVA) und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) schildern ihre Erfahrungen.

Wir wünschen eine angeregte Lektüre

*Peter Kühne*

Herausgeber:  
 Bundes-Arbeitsgemeinschaft der  
 Kommunalen IT-Dienstleister e. V.  
 Markgrafenstr. 22  
 10117 Berlin  
 Tel. 030/20 63 15 60  
 E-Mail: aktuell@vitako.de  
 www.vitako.de

V. i. S. d. P.:  
 Dr. Ralf Resch

Redaktion Vitako: Dr. Helmut Merschmann

Die Redaktion behält sich vor, eingesandte Berichte auch ohne vorherige Absprache zu kürzen. Der Inhalt der Beiträge gibt nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck oder elektronische Verbreitung nur mit Zustimmung des Herausgebers.

Realisation, Redaktion, Grafik:  
 Merschmann/Mühlke/Jaschinski

Korrektur:  
 Henrike Doerr, Textwelten

Druck:  
 Häuser KG, Venloer Straße 1271, 50829 Köln

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben im Jahr  
 Auflage: 5.000; Papier: 115 g/m<sup>2</sup> Profibulk

Autoren dieser Ausgabe:  
 Dr. Ralf Resch, Vitako; Dr. Helmut Merschmann, Vitako; Dr. Kay Ruge, Deutscher Landkreistag; Helmut Dedy, Deutscher Städtetag; Dr. Gerd Landsberg, Deutscher Städte- und Gemeindebund; Peter Adelskamp, Stadt Düsseldorf; Gunter Czisch, Stadt Ulm; Dorothea Störr-Ritter, Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald; Christian Rupp, Wirtschaftskammer Österreich; Thomas Jarzombek, CDU; Dr. Jens Zimmermann, SPD; Dieter Janecek, Die Grünen; Anke Domscheit-Berg, Die Linke; Jimmy Schulz, FDP; Matthias Kammer, Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet; Prof. Dr. Andreas Engel, Patrick Schubert, beide Kommunale Datenverarbeitung Nordrhein-Westfalen; Stefan Engel-Flechsig, Forum für elektronische Rechnungen in Deutschland; Jan Steinke, Dataport; Till Becker-Adam, Bundesverwaltungsamt; Andreas Fulde, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge; Susanne Kuper, Kimia Salehi Ghamsari, beide Fraunhofer FOKUS; Sibylle Mühlke, Text und Wissen; Hiestermann & Frömchen GmbH

Bildnachweise:  
 Titel u. S.4 Rawpixel / iStock / Thinkstock,  
 S. 5 zettberlin / Photocase, S. 7 LuckyBusiness / iStock / Thinkstock, S. 7 Robert Schlesinger © 2017, S. 8 omphoto / Photocase, S. 10 – 12 GaudiLab / iStock / Thinkstock, S. 11 ©Bernhardt Link-Farntonwerk, S. 13 – 15 sonyonghee / iStock / Thinkstock, S. 15 Markus Schwerer, S. 17 BMDW / Christian Lendl, S. 18 v.l.n.r. www.tobiaskoch.net, Marlene Bleicher, Stefan Kaminski, S. 19 DIE LINKE Brandenburg, Christine Olma, S. 20 Helmut Merschmann, S. 21 b-fruchten / Photocase, S. 23 oben Copyright 2016 Armin Staudt-Berlin / Photocase, S. 23 frederike heim photography, S. 25 Jupiterimages / liquidlibrary / Thinkstock, S. 27 geognroll / iStock / Thinkstock, S. 27 Reinhard Rosendahl, S. 29 Ralf Bauer, S. 30 unten Biletskiy\_Evgeniy / iStock / Thinkstock

Hinweis: Vitako aktuell erscheint zusätzlich mit 3 Regionalausgaben: krz Lemgo, Lecos Leipzig, regio iT. Der Vertrieb erfolgt durch das jeweilige Vitako-Mitglied.

ISSN 2194-1165

Wird innerhalb der Zeitschrift auf fremde Links oder externe Informationsangebote hingewiesen, so macht sich Vitako diese Inhalte nicht zu eigen und kann für sie keine Haftung übernehmen.

Das Gerät, nach dem wir im Rätsel „Köpfe & Technik“ fragten, ist das analoge, externe Wählleitungssystem, mit dem Personal Computer via Telefonleitung mit dem Internet verbunden wurden. Der Nutzung ging das Einstecken an der Telefonbuchse voraus, die somit für Telefonate nicht mehr zur Verfügung stand. Knarrende, fipende Einwahlgeräusche begleiteten den Verbindungsanbau, bis man sich mit maximal 56 kbit/s qualität langsam auf den Weg durchs Netz machen konnte.



## Schwerpunkt: Digitalpolitik nach der Wahl

### 6 Leitartikel: Harte Arbeit am Konsens

Vitako-Geschäftsführer Ralf Resch nimmt die Digitalisierungsvorschläge der neuen Bundesregierung kritisch unter die Lupe und benennt Erfolgsfaktoren der Digitalisierung in Deutschland.

### 8 Masterplan Digitalisierung?

Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD nimmt die Herausforderungen der Digitalisierung an. Was ist für die Verwaltungsmodernisierung relevant? Die wichtigsten Punkte im Überblick.

### 13 Stellungnahmen II: Kommunen und Landkreise

Digitalisierung findet vor Ort statt. Zwei Kommunen unterschiedlicher Größe – Düsseldorf und Ulm – sowie der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald äußern sich über die Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung aus Perspektive der Praktiker.

### 10 Stellungnahmen I: Kommunale Spitzenverbände

Repräsentanten der kommunalen Spitzenverbände – Landkreistag, Städtetag sowie Städte- und Gemeindebund – über den Koalitionsvertrag und die digitalpolitischen Pläne der Koalition.

### 16 Österreich

Der Wohlstand eines Landes hängt immer mehr vom Grad der Digitalisierung ab. Österreich hat 2017 mit seiner Digital Roadmap Austria einen digitalen Fahrplan mit Vorbildcharakter auch für andere Länder vorgelegt.

### 18 Nie waren wir digitaler ...

Wie stehen eigentlich die Parteien – auch jene, die nicht an der Regierung beteiligt sind – zur angekündigten Digitalpolitik? Vitako aktuell hörte sich unter Netzpolitikern aller im Bundestagsausschuss Digitale Agenda vertretenen Parteien um.



## Digitale Verwaltung

### 20 Interview: Konsequente Umsetzung

Bundes-CIO Klaus Vitt erläutert im Gespräch mit Vitako-Geschäftsführer Ralf Resch die Digitalisierungsprojekte des Bundes und die aktuellen Prioritäten des IT-Planungsrates, der vor allem mit der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes und dem Aufbau des Portalverbundes beschäftigt ist.

### 24 Eine Identität für alle Onlineangebote

Fortsetzung unserer Reihe über Lösungen für interoperable Servicekonten: Das Servicekonto.NRW bietet eine zukunftssichere Authentisierungslösung als landesweiten Dienst. Betrieben wird es vom KDN-Dachverband.

### 28 Agile Entwicklung in der Verwaltung

Agile Softwareentwicklung setzt auf selbstorganisierende Teams, enge Kommunikation und ein Schritt-für-Schritt-Vorgehen. Allerdings erfordert der Zugewinn an Transparenz und Flexibilität engagierte Teams und den Abschied von starren Hierarchien.

### 22 Serie Teil 2: Die Zweifel wachsen

Im zweiten Teil unserer Serie zu „Vertrauen und Sicherheit online“ plädiert DIVSI-Chef Matthias Kammer für mehr Datensouveränität für Bürgerinnen und Bürger und für ein Umdenken in der Verwaltung. Außerdem sollte die Schriftform zügig überwunden werden.

### 27 E-Rechnung für alle

Der ZUGFeRD-Standard ist ein hybrides, einfach zugängliches Datenformat für E-Rechnungen und wird von öffentlicher Verwaltung wie der Wirtschaft genutzt. Der Weg für durchgängig digitale Rechnungsprozesse wird damit leichter.

## Netztalk

### 31 App-Check

### 32 Bürgeramt 24/7 Branchenticker

### 33 Köpfe & Technik Vitako intern

### 34 Vitako-Umfrage Erwartungen an die Digitalpolitik

### 35 Spotlight IT-Kalender

# Harte Arbeit am Konsens

## Vitako über Erfolgsfaktoren der Digitalisierung in Deutschland

**Trotz aller Willensbekundungen kommen Digitalisierung und Verwaltungstransformation erst in Schwung, wenn das Know-how aller Akteure zurate gezogen wird und in die praktische Umsetzung einfließt.**

Im Koalitionsvertrag steht das Wort „digital“ in verschiedenen Formen nahezu auf jeder zweiten Seite. Damit ist sicher: Die Digitalisierung hat nun auch die Aufmerksamkeit der Politik in Berlin vollständig erfasst, und zwar auch jenseits der lästigen Zustände im Bereich der weiterhin unzureichenden Breitbandversorgung von Städten und Kreisen.

Damit sind allerdings Erwartungen geweckt worden, die in den kommenden Jahren zu erfüllen sind. Denn es wurde viel Zeit in die Regierungsbildung investiert – wie sieht aber am Ende das messbare Ergebnis aus? Einige Aussagen wurden sogar „recycelt“ – passiert nun wirklich etwas, zum Beispiel bei der Breitbandversorgung oder beim schon vorher beschlossenen Portalverbund?

Nahezu ein Dutzend Kommissionen, Agenturen und andere Institutionen stehen im Koalitionsvertrag, die die Digitalisierung vorantreiben sollen. Unklar scheint auch noch, welche konkrete Rolle das Kanzleramt, der Amtschef und die Staatsministerin im Kanzleramt ausfüllen sollen und in welchem Verhältnis dazu die vom Bund angestoßene Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes stehen soll. Eine klare Struktur oder Prioritätensetzung ist momentan nicht wirklich zu erkennen.

Daher stellen wir hier noch einmal unsere Sicht der Dinge und die Erfolgsfaktoren der Digitalisierung in Deutschland dar:

- ▶ Digitalisierung muss endlich erlebbar werden, jenseits der Binnenmodernisierung der Verwaltung.
- ▶ IT-Governance muss klarer erkennbar werden: In der FIT-KO müssen die Dienstleister zusammengebracht werden.
- ▶ Standards sind die Grundlage der Interoperabilität und müssen schneller verabschiedet werden.
- ▶ Das Recht muss ins digitale Zeitalter geholt werden: Das Schriftformerfordernis ist abzuschaffen, das persönliche Erscheinen ebenfalls, wenn es digitalen Ersatz gibt.

### Gutes Beispiel: ELFE

Doch es gibt Hoffnung: Gerade die „Kleinen“ haben sich aufgemacht und versuchen, aus der Sicht von Nutzern die Digitalisierung konkret und erlebbar zu machen. Das beste Beispiel ist die kürzlich vorgestellte ELFE-App der Hansestadt Bremen, die im Rahmen des Digitalisierungsprogramms entwickelt wurde. Hierbei geht es nicht um die digitale Abbildung des – in Bremen – 35-seitigen Antrags auf Elterngeld. Hier wird tatsächlich Neuland betreten, zumindest in Form einer Demonstration.

Dass die Daten und nicht die Bürger laufen sollen, ist hier anschauliche Voraussetzung für eine Vereinfachung des Lebens für Eltern. Denn diese haben bei der Geburt eines Kindes nun wahrlich andere Sorgen, als komplexe Anträge auszufüllen und den Behörden bereits vorliegende Nachweise erneut bei anderen Behörden abzufordern, gegebenenfalls sogar persönlich abzuholen und dann erneut bei einer Behörde einzureichen, um dann endlich das Elterngeld zu erhalten.

Das funktioniert in der realen Welt natürlich noch nicht – denn dazu müssten erst Gesetze und bisherige Prozessabläufe geändert werden. Aber das Land Bremen wird dies über eine Bundesratsinitiative tun, und diese findet hoffentlich nicht nur breite Unterstützung, sondern auch eine schnelle Behandlung im Bundesrat und im Bundestag.

Schwieriger scheint ein anderes Thema, das sich ein weiterer Stadtstaat, nämlich Hamburg, vorgenommen hat: Der Prozess der Personalausweisbeantragung und -ausgabe. Der Gedanke war ursprünglich ein ähnlicher wie in Bremen: Wenn nahezu alle Informationen, die zur Feststellung der Identität eines Bürgers und damit auch zur Erstellung eines Personalausweises bei den Behörden vorliegen, warum muss dann der analoge Prozess weiter bestehen?

**„Die Digitalisierung muss endlich erlebbar werden.“**



## Sicherheitsbedenken sind die neuen rechtlichen Bedenken

Für manche Bedenkenträger war das schon zu ambitioniert. Denn obwohl heute digitale Identitäten als sicherer gelten als analoge, wird das Projekt momentan nicht vorangetrieben. Sicherheitsbedenken werden geltend gemacht. Bei aller Sorgfalt: Diese Hindernisse sollten zügig aus dem Weg geräumt werden. Denn wer traut sich schon, sich über Sicherheitsbedenken hinwegzusetzen?

Bloß nicht entmutigen lassen, die Methode wird sich auf Dauer durchsetzen: ein Thema vornehmen, umsetzen und nicht ständig alles neu erfinden. Die Ideen dazu sind vorhanden, die Technik sowieso, einzig der Konsens zwischen den Akteuren Bund, Ländern und Kommunen fehlt, und leider oft auch die Entschlossenheit.

In diesem Geiste sollten nun Bund, Länder und Kommunen die offenen Baustellen betrachten. Im Zentrum stehen die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes, die Errichtung des Portalverbunds mit einem bundesweit zugänglichen Servicekonto für Bürger und Unternehmen sowie das Digitalisierungsprogramm des IT-Planungsrates. Offen sind dabei noch die Aufteilung der Arbeiten beim Digitalisierungsprogramm und die Finanzierung zwischen Bund und Ländern.

Ein zentrales Problem scheint zu sein, dass in diesen Fragen ein Konsens nur schwer herzustellen ist. Die Kommunen und

der große Erfahrungsschatz ihrer Dienstleister werden bisher nur zögerlich oder auch gar nicht berücksichtigt. Dabei kann ein Fakt nicht geleugnet werden: Mehr als 75 Prozent aller Verwaltungsleistungen müssen von den Kommunen und ihren Dienstleistern erbracht werden. Es wäre also geboten, diese Akteure auch schon frühzeitig und auf Augenhöhe in die Diskussionen und Entscheidungsprozesse einzubeziehen, damit Entwicklungszeiten verkürzt und Irrwege vermieden werden können.

## Was Vitako tun wird

Die Digitalisierung geht alle an – und es gilt nun, sie zu gestalten. Dabei werden wir auch um eine Neugestaltung der Prozesse nicht herumkommen. Diese Herausforderung ist vielleicht die eigentliche Botschaft des Koalitionsvertrages. Vitako wird bei der Gestaltung der Digitalisierung dabei sein.



◀ Ralf Resch ist Vitako-Geschäftsführer.

**Vitako hat Freunde und Verbündete eingeladen, zum Koalitionsvertrag und zur angekündigten Digitalpolitik der Bundesregierung Stellung zu beziehen. Nach einem Überblick über die Digitalisierungsprojekte im Koalitionsvertrag kommen die Repräsentanten der kommunalen Spitzenverbände mit ihrer Einschätzung über die Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung zu Wort. Im Anschluss machen sich zwei Kommunen unterschiedlicher Größe, Düsseldorf und Ulm, sowie der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald Gedanken zu digitalem Wandel und politischem Willen.**



# Masterplan Digitalisierung?

## Der Koalitionsvertrag der Regierungsparteien CDU, CSU und SPD nimmt die Herausforderungen der Digitalisierung an.

**Auch wenn die Regierungsbildung ein halbes Jahr in Anspruch genommen hat, ist das Ergebnis des bemerkenswert schnell zustande gekommenen Koalitionsvertrages beachtlich: Der Digitalisierung wird eine angemessene Bedeutung eingeräumt.**

Schon vor vier Jahren waren die Erwartungen ähnlich hochgesteckt, doch erst die aktuelle Regierung schickt sich an, die Digitalisierung ernst zu nehmen. Kaum ein Bereich der modernen Lebenswelt, der nicht von ihr betroffen wäre: Bildung, Arbeit, Verwaltung, Mobilität, Gesundheit, Infrastruktur. Die Regierungsverantwortlichen tragen dem Rechnung, indem sie viele konkrete Vorhaben durch Gesetze, Gremien, Förderprogramme und Kommissionen ins Leben rufen wollen.

Was die Kommunen, ihre Verwaltung und die kommunale Informationstechnik angeht, sind weitreichende Änderungen im Koalitionsvertrag verankert. Die IT-Infrastruktur (Breitbandausbau) soll in dieser Legislaturperiode mit 10 bis 12 Milliarden Euro und „höchster Priorität“ gefördert, Gigabit-Leitungen in Gewerbegebiete, Schulen und Einrichtungen der öffentlichen Hand verlegt und ein flächendeckender Netzausbau bis 2025 vorangetrieben werden. Die 100 wichtigsten Verwaltungsleistungen sollen online gehen und in einem elektronischen Bürgerportal allen immer und überall zur Verfügung stehen. Das Ganze „zentral und dezentral“ zum Portalverbund vernetzt. Nutzerfreundlichkeit für Bürger und mehr Effizienz für die Verwaltung sind die Leitbilder. Die Weitergabe von Daten unter Behörden soll – mit Zustimmung der Betroffenen – vereinfacht werden (once only) und der neue Personalausweis ein zentrales Identifizierungsmedium werden. Eine neu zu gründende E-Government-Agentur soll für alle föderalen Ebenen Standards

und Pilotlösungen entwickeln und regionale E-Government-Labore ermöglichen.

Das 176-seitige Koalitionspapier befasst sich noch mit vielen weiteren Aspekten der Digitalisierung (E-Health, Open Data, Arbeit 4.0 usw.). Man kann sagen, dass die Digitalisierung inzwischen alle Zuständigkeitsbereiche der Regierungsarbeit, mithin alle Ministerien, umfasst. Zu einem eigenen Digitalministerium hat man sich jedoch nicht durchringen können. Stattdessen ist nachträglich eine Koordinierungsinstanz im Bundeskanzleramt installiert worden. Mit der schon erwähnten E-Government-Agentur, der Daten-Ethikkommission, einem Zentrum für künstliche Intelligenz, dem Digitalpakt Schule, dem Digitalrat, dem Nationalen Pakt Cybersicherheit und fünf weiteren neuen Gremien sind die Zuständigkeiten weit aufgefächert worden.

Der Erfolg bemisst sich letztlich immer auch am eigenen Anspruch. Dennoch sind die Aufbruchstimmung und die damit verbundenen Hoffnungen nicht zu verkennen.



◀ Helmut Merschmann ist bei Vitako für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig.



Die kommunalen Spitzenverbände legen Wert auf eine zügige flächendeckende Breitbandversorgung unter besonderer Berücksichtigung der ländlichen Räume. Die digitale Transformation kann nur gelingen, wenn jetzt alle Akteure zusammenarbeiten.

# Kein Haus ohne Fundament

## Infrastruktur und Verwaltungsmodernisierung haben höchste Priorität

**Der Koalitionsvertrag weckt im Bereich der Digitalisierung Hoffnungen und Erwartungen, die es nun zu erfüllen gilt, ohne den analogen Zugang zur Verwaltung zu vernachlässigen – fordert der Deutsche Städtetag.**

Zwei für Kommunen zentrale Bereiche bei der Digitalisierung gehören hervorgehoben: der Infrastrukturausbau und die digitale Verwaltung.

1. Voraussetzung für die Digitalisierung ist eine gute Netzinfrastruktur. Deshalb ist es ein ambitioniertes, aber wichtiges Ziel, bis 2025 flächendeckend Gigabit-Netze verfügbar zu machen. Das kann nur durch eine gemeinsame Kraftanstrengung aller beteiligten Akteure und ausreichende Mittel von Bund und Ländern gelingen. Hier zählen wir auf die Zusage der Koalition, diese Mittel für den Glasfaserausbau verlässlich bereitzustellen. Häufig ist beim Breitbandausbau der ländliche Raum im Fokus, aber auch unterversorgte städtische Bereiche müssen in die Fördermöglichkeiten einbezogen werden.
2. Die Vernetzung der Verwaltungsportale von Bund, Ländern und Kommunen in einem Portalverbund erzeugt Bürgernähe und ist ein Schritt auf dem Weg hin zu einer modernen, digitalen Verwaltung. Dabei müssen die kommunalen Portale als schon bestehende Zugangstore zur Kommunalverwaltung für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen erhalten bleiben.

Für die Städte in Deutschland sind die kommunalen Portale auch Teil der kommunalen Identität, und ihre Bedeutung reicht weit über die Abwicklung von Verwaltungsleistungen hinaus.

Wir erwarten, dass der kommunale Anpassungsaufwand für den Portalverbund von Bund und Ländern getragen wird. Gleiches gilt für die weiteren Schritte zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) beziehungsweise der notwendigen landesrechtlichen Ausführungsgesetze.

Um tatsächlich mehr Verwaltungsleistungen online anbieten zu können, müssen gesetzliche Anforderungen, die der Digitalisierung entgegenstehen, überprüft werden. Das im Koalitionsvertrag vorgesehene Normenscreening bestehender und künftiger Gesetze ist ein richtiger Ansatz, der hier erheblichen Rückenwind geben kann. Dabei geht es nicht nur um den Abbau von Schriftformerfordernissen, auch Regelungen zum persönlichen Erscheinen gehören auf den Prüfstand. Sinnvoll wäre es, wenn künftig die elektronische Abwicklung eines Verwaltungsvorgangs als Standard gleich mitgedacht wird.

Im Fokus einer digitalen Verwaltung müssen Bürgernähe und Dienstleistungsqualitäten für die Menschen und die Wirtschaft vor Ort stehen. Vom Bund vorgesehene, in den Ländern und Kommunen teilweise schon vorhandene Bürger- und Unternehmenskonten bedürfen einer sicheren, aber vor allem einer einfach handhabbaren Authentifizierung. Oberste Zielsetzung aus Sicht der Städte ist es außerdem, dass die Daten von Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen der Verwaltung nur einmal mitgeteilt werden müssen (once only).

Die Nachfrage nach digitalen Verwaltungsleistungen ist hoch, deshalb muss der Modernisierungsweg der öffentlichen Verwaltung konsequent erfolgen. Wichtig ist und bleibt aber auch – gerade in den Städten und Gemeinden – der analoge Weg. Die Tür des Rathauses muss weiter offen stehen für den direkten Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern.



◀ Helmut Dedy ist Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages.

# Digitale Transformation

## Kommunen und Spitzenverbände müssen besser in Umsetzung eingebunden werden

**Die neue Bundesregierung hat die digitale Transformation als eines ihrer zentralen Themen benannt. Für den Deutschen Städte- und Gemeindebund trägt sie damit dem oft attestierten Nachholbedarf Deutschlands Rechnung.**

Wir erwarten von der Bundespolitik in den kommenden Jahren, dass sie die Pläne umsetzt und die hierfür notwendigen Finanzmittel auch wirklich verfügbar macht. Zudem begrüßen wir, dass auch in der kommenden Legislaturperiode der Breitbandausbau gefördert werden soll. Klar ist aber auch, dass das Breitbandziel der letzten Regierung deutlich verfehlt wurde. Große Teile des ländlichen Raums sind immer noch unzureichend versorgt, von einer flächendeckenden Verfügbarkeit einer Bandbreite von 50 Mbit/s kann keine Rede sein. Umso wichtiger ist es, die bislang noch unterversorgten Regionen bei der zukünftigen Förderung prioritär zu berücksichtigen. Dabei muss – auch vor dem Hintergrund des erklärten Ziels „gleichwertige Lebensverhältnisse“ – der Grundsatz „Flächendeckung vor Hochgeschwindigkeit“ gelten.

Mit dem Onlinezugangsgesetz, dem Portalverbund und dem Bürgerkonto setzt der Koalitionsvertrag wichtige Impulse für bessere E-Government-Angebote und eine Digitalisierung der Verwaltung. Die formulierten Ziele, verbindliche Regelungen für Standards, Systemarchitekturen und Interoperabilität zu schaffen, sind richtig. Die Bundesregierung sollte allerdings viel stärker als bisher berücksichtigen, dass sich der Erfolg dieser Vorhaben in den Kommunen entscheidet. Mehr als drei Viertel aller öffentlichen Dienstleistungen sind auf kommunaler und regionaler Ebene angesiedelt. Daher erwarten wir, dass die Kommunen und die kommunalen Spitzenverbände besser als bislang in den Umsetzungsprozess eingebunden werden. Außerdem ist es für den Erfolg und die Akzeptanz der Vorhaben wichtig, dass die Finanzierung der Vorhaben durch Bund und Länder sichergestellt wird.

Wenn das Onlinezugangsgesetz und die digitale Verwaltung erfolgreich sein sollen, braucht die neue Bundesregierung mehr Mut, ausgetretene Pfade zu verlassen. Ein klares und eindeutiges Bekenntnis zum Grundsatz „digital first“ ist die Voraussetzung für Effizienzgewinne. Laufen bei den Verwaltungsdienstleistungen wie bislang digitale und analoge Verfahren parallel, bedeutet dies Mehrarbeit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen und Mehrkosten für die Kommunen. Staaten wie Dänemark können mit einer konsequenten Digitalisierungsstrategie ein Vorbild sein.

Die konsequente Überprüfung der Schriftformanfordernisse und die Ankündigung, bestehende und zukünftige Gesetze auf Digitaltauglichkeit zu prüfen, sind richtig und notwendig. Hier wird es darauf ankommen, diese Ankündigungen auch umzusetzen und der Digitalisierung klare Priorität einzuräumen.

Es ist Deutschland zu wünschen, dass die zukünftige Regierung ihre Ziele im Bereich der Digitalpolitik umsetzen kann. Daran wird sie sich messen lassen müssen, denn auch für den Bereich der Digitalpolitik gilt: Nicht das Erzählte reicht, sondern das Erreichte zählt.

### „Flächendeckung vor Hochgeschwindigkeit“



▲ Dr. Gerd Landsberg ist Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes.



# Deutschland muss digitaler werden

## Deutscher Landkreistag fordert Infrastrukturwechsel

**Der Koalitionsvertrag legt einen wesentlichen Schwerpunkt auf die Digitalisierung. Positiv für den Deutschen Landkreistag ist insbesondere das grundsätzliche Bekenntnis zur Glasfaser.**

Die Digitalisierung wird von den 294 Landkreisen als große Chance begriffen. 51 Prozent erwarten Effizienzgewinne für die Verwaltungsorganisation, 45 Prozent erhoffen sich eine Attraktivitätssteigerung für Unternehmen und Bürger. Eine Verbesserung der Daseinsvorsorge sowie Innovations- und Wirtschaftsförderung versprechen sich ein Drittel der Landkreise. Gerade für die ländlichen Räume werden dadurch neue Produktions- und Vertriebsmodelle möglich und etwaige Standortnachteile überwunden. Gleichzeitig bietet die Digitalisierung Chancen bei der Verwaltungsmodernisierung.



▲ Dr. Kay Ruge ist Beigeordneter beim Deutschen Landkreistag.

Voraussetzung ist Breitband. Sicherzustellen ist, dass mit dem Bekenntnis der Koalition zu Glasfaser auch tatsächlich eine Verfügbarkeit bis ins Gebäude gemeint ist. Dieser Wechsel – bei der Infrastruktur sowie dem Förderregime – muss jetzt 2018 erfolgen, um das Ziel einer flächendeckenden Verfügbarkeit bis 2025 zu erreichen. Ebenso muss die maßgebliche Rolle der Landkreise bei der Umsetzung der geplanten Förderung in Höhe von 10 bis 12 Milliarden Euro gewährleistet werden. Um dieses gerade für die ländlichen Räume sehr wichtige Ziel erreichen zu können, muss sich der Bund mit deutlich mehr Mitteln als bisher finanziell engagieren. Im Mobilfunkbereich ist ein flächendeckender Ausbau des 5-G-Standards notwendig. Die Vergabe neuer Frequenzen muss mit umfassenden, verpflichtenden und sanktionsbewehrten Versorgungsaufgaben versehen werden. Für den Bund muss gelten: Flächendeckung vor Gewinnmaximierung.

### Kein zentraler Digitalstaat

Bei der Digitalisierung sind insbesondere die Pläne für das Bundesprogramm „Smarte Modellregionen“, das auch die ländlichen Räume in den Fokus nehmen soll, zu begrüßen. Ebenso unterstützt der Deutsche Landkreistag grundsätzlich die Idee eines vernetzten Portalverbundes. Dabei gilt es allerdings, den Weg in einen zentralen „Digitalstaat“ zu vermeiden. Zum einen bleiben die hinter dem Portalverbund stehenden Verwaltungsdienstleistungen von Ländern, Landkreisen, Städten und Gemeinden unberührt, zum anderen sind Portale eben nicht nur technische Gerüste für die Abwicklung von E-Government-Dienstleistungen, sondern insgesamt auch digitale Visitenkarten im Netz.

Dabei kommt es darauf an, sinnvolle Elemente wie beispielsweise Servicekonten mit Modulen zur Identitätsfeststellung, einem gesicherten Postfach und einer E-Payment-Lösung einzubinden. Gegebenenfalls sollte man auch zahlreiche der bestehenden Servicekonten nutzen und sicherstellen, dass alle maßgeblichen Verwaltungsleistungen als Onlinedienst im Portalverbund angeboten werden können. Dabei kann auch arbeitsteilig und gemeinsam vorgegangen werden. Weitere Eingriffe in bewährte kommunale Strukturen, die Vorgabe konkreter Lebenslagen oder Gestaltungselemente sollten aber vermieden werden.

Der digitale Wandel findet vor Ort in den Kommunen und Landkreisen statt. Dort blickt man mit Zuversicht nach Berlin und setzt auf eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen, um die Ziele aus dem Koalitionsvertrag zu erreichen.

# Neue Dynamik für Deutschland

## Düsseldorf ist auf vielen Handlungsfeldern des Koalitionsvertrages bereits aktiv

### Für den Chief Digital Officer (CDO) Düsseldorfs sind die digitalen Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag der Bundesregierung ambitioniert und richtig.

Was von den Plänen wirklich bei den Kommunen ankommen wird, ist noch nicht abzusehen. Viele Vorhaben sind nicht näher beschriebene Absichtserklärungen. Auch wird nicht recht deutlich, was die Regierung konkret tun möchte, um die Ziele zu erreichen. Geht es um Beratung, Koordination, Förderung, die Bereitstellung von Infrastrukturen? Eine Unterstützung der Kommunen ist jedenfalls im hohen Maße willkommen.

Die Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag sind ambitioniert und richtig. Sie decken sich zu einem großen Teil mit der digitalen Strategie der Stadt Düsseldorf und es besteht ein großes Interesse, mit Land und Bund an diesen Zielen gemeinsam zu arbeiten. Neben der Förderung von Modellregionen müssen aber auch IT-Infrastrukturen geschaffen werden, die alle Kommunen in Deutschland in die Lage versetzen, einen Mindeststandard an digitalen Verwaltungsleistungen anzubieten. Damit könnten sie sich auf den Veränderungsprozess in der Verwaltung konzentrieren, der mit der Digitalisierung in jedem einzelnen Fall verbunden ist.

Der Zeitplan für den Glasfaserausbau ist, insbesondere aufgrund der Erfahrungen aus den laufenden Fördermaßnahmen, allerdings überraschend kurz. Die

Absicht, Förderbedingungen zu vereinfachen, ist hierfür zwingende Voraussetzung. Sie sollte auch schon im Hinblick auf die laufenden Maßnahmen kurzfristig erfolgen, um schnellere Erfolge zu erzielen.

Ohne in der Breite verfügbare digitale Verwaltungsleistungen gibt es keine Portale, die für den geplanten Portalverbund eine Voraussetzung wären. Hierbei sollten robuste und einfache Lösungen bevorzugt werden, die auch gern in Kooperation mit privatwirtschaftlichen Unternehmen entwickelt werden können. Erreicht werden soll, dass Lösungen wie Bürger- und Unternehmenskonten eine breite Nutzung erfahren und damit auch Akzeptanz erhalten. Reine Behördenlösungen konnten in der Vergangenheit häufig den Teufelskreis von Angebot und Nutzen/Nutzung nicht durchbrechen.

Im Hinblick auf Verwaltungsleistungen sollte nicht die Digitalisierung in den Mittelpunkt gestellt werden. Sie ist nur ein Mittel für effizientere, einfachere, bessere sowie zeit- und ortsunabhängige Verwaltungsprozesse, die die Bürgerinnen und Bürger zu Recht von uns erwarten. Schwerpunkt der Kommunikation müssen die Ziele sein, die mit digitalen Mitteln erreicht werden.

In die Vorhaben sollte der Aufbau einer Best-Practice-Datenbank einbezogen werden. Alle öffentlich geförderten Projekte müssen verpflichtet werden, ihre Projektbeschreibungen und -erfahrungen hier zu hinterlegen. Alle Verwaltungsebenen können darüber hinaus eigene Projekte hinterlegen. Dadurch entsteht ein Wissenspool, der vielen Kommunen bei der Identifizierung und Umsetzung von Projekten helfen kann. Aufgebaut als Social-Media-Plattform kann sie einen unmittelbaren Erfahrungsaustausch ermöglichen.

Der Koalitionsvertrag beschreibt eine Vielzahl von Handlungsfeldern, auf denen eine Stadt wie Düsseldorf bereits aktiv ist. Wünschenswert wären nun ein Austausch über konkrete Umsetzungsprojekte und die weitere Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen.



◀ Peter Adelskamp ist CDO der Stadt Düsseldorf.





# Änderungen zulassen

## Die Kommunen bleiben erste Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger

**Am Beispiel Ulm zeigt sich das Selbstbewusstsein deutscher Kommunen, die die Digitalisierung längst zielstrebig und ganzheitlich angehen.**

**„Die erste Anlaufstelle für Bürger ist die Kommune.“**

Die Bundesregierung verspricht ein Bürgerportal mit einem einfachen, sicheren Zugang zu allen Verwaltungsdienstleistungen. Im Bürgerkonto soll jeder sehen, welche Daten vorhanden sind und wer darauf Zugriff genommen hat. Die Parallelen zum Modell Estland sind unverkennbar. Das schlichte, auf das Wesentliche konzentrierte Modell ist natürlich bestechend. Nur: In

Estland begannen die Verantwortlichen quasi bei null. Außerdem ist Estland nur so groß wie Niedersachsen und hat ein Sechstel der Einwohner, auch das macht manches einfacher.

Wer bei uns den Paradigmenwechsel will – und gute Gründe sprechen dafür –, der muss auch bereit sein, grundsätzliche Änderungen am System zuzulassen. Denn sonst könnte die Euphorie bald in Ernüchterung umschlagen. Es ist noch nicht lange her, da war die Digitalisierung in Bund und Ländern ein Thema für Insider. Vielfältige Zuständigkeiten, lange Entscheidungswege, gesplittete Verantwortlichkeiten und auch ein Verzetteln im Klein-Klein waren und sind die Hemmnisse, die zum Rückstand Deutschlands im internationalen Vergleich beigetragen haben.

Wer sich den Streuselkuchen an Institutionen und Systemen auf allen staatlichen Ebenen vor Augen führt, fragt sich, ob das Garantievorsprechen des Bundes ohne Budget und umfassende Durchgriffskraft angesichts der Komplexität überhaupt möglich ist. Aber auch, ob es überhaupt notwendig ist! Denn die erste Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger in (fast) allen Lebenslagen ist die Kommune, die auf der Basis der kommunalen Selbstverwaltung oft höchst unterschiedlich ihre Verwaltungsdienstleistungen gestaltet hat.

In Ulm haben wir die Anliegen der Bürgerschaft und der Unternehmen ganzheitlich im Blick, mit Bürgerbüros vor Ort und gleichermaßen digitalen Angeboten. Eine eindimensionale Fokussierung aufs Digitale verkennt, dass Eltern eben nicht nur ihr Kind zur Betreuung anmelden wollen, sondern sie wollen auch Beratung, wollen Kita und pädagogisches Fachpersonal kennenlernen.

### Digitalisierung ist mehr als E-Government

Digitalisierung darf aber nicht auf E-Government und Breitbandausbau reduziert werden. Wir verstehen den digitalen Wandel viel grundsätzlicher: als wichtigen Antreiber für die Stadtentwicklung, für die Standortpolitik und bei der Fortentwicklung der kommunalen Demokratie. Unsere Politikschwerpunkte wie Mobilität, Energie und Infrastrukturausbau kommen ohne Digitalisierung nicht aus.

Das Ziel, Arbeitsplätze von morgen zu generieren, stand Pate für die Leitidee „Ulm 2030“. Darum verstehen wir den Ausbau von Breitband-, Sensorik- und Mobilfunksystemen als Teil moderner kommunaler Daseinsvorsorge. Ulm engagiert sich in einem Netzwerk von Wissenschaftsstadt, Unternehmen, Verwaltung und in interkommunalen Kooperationen. Um diesen Weg erfolgreich weiterzugehen, braucht es unbürokratische Rechts- und Investitionssicherheit, einfache Förderinstrumente und Gestaltungsfreiheit, aber keine Regulatorik und Rosinenpickerei durch Telekommunikationsunternehmen und schon gar keine lähmende Systemdiskussion im Föderalismus – vielleicht ist es das, was wir von den Esten lernen können.



▲ Gunter Czisch ist Oberbürgermeister der Stadt Ulm.

# Jetzt fängt die Arbeit erst an

## Deutschland braucht eine echte Digitalisierungsstrategie zur Orientierung

### Gemeinden und Landkreise verlangen nach greifbaren Vorteilen von einer kooperativen und verbindlichen Zusammenarbeit.

Lange haben wir darauf gewartet. Endlich ist der nötige politische Wille zu spüren, den es braucht, um die lange überfällige Digitalisierung der deutschen Verwaltung wirklich voranzubringen. Die Verabschiedung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) in der letzten Legislaturperiode ging einigen vielleicht zu schnell und möglicherweise auch zu weit. Sie bleibt in der Zielstellung dennoch richtig. Und eigentlich stellt sich auch die Frage nicht, ob oder in welchem Umfang Länder und Kommunen nun verpflichtet werden, ihre Verwaltungsleistungen zu digitalisieren. Sie müssen dies ohnehin tun, wollen sie mit ihrer Verwaltung auf der Höhe der Zeit bleiben und ihren Bürgern und Unternehmen die bestmöglichen Leistungen bieten.

Das OZG allein wird es aber nicht richten. Der Teufel steckt im Detail und das Detail steckt in der konkreten Umsetzung. Im Gegensatz zu früheren Jahren finden sich im Koalitionsvertrag jedoch einige Elemente, die für eine erfolgreiche Umsetzung von Onlinezugangsgesetz und Portalverbund wichtig sind.

Dazu gehört die Errichtung des Portalverbunds nebst Servicekonten, Once-only-Prinzip und Registermodernisierung. Umgesetzt werden soll dies mithilfe einer E-Government-Agentur, durch Innovationslabore und Inkubatoren, flankiert durch eine eigene Staatsministerin im Kanzleramt. Digitalisierungsprogramm und Digitalisierungsbudget bilden den Rahmen dieser Aktivitäten. Diese Einzelelemente sind richtig und wichtig. Was wir zusätzlich brauchen, ist eine echte Digitalisierungsstrategie, die dies alles ins Verhältnis setzt und definiert, wer was macht

und wer was bezahlt. Um die Kommunen – gerade in der Fläche Deutschlands – mitzunehmen, müssen wir ihnen Orientierung geben und Vorbehalte abbauen.

Erste Workshops zur Identifizierung und Priorisierung der digitalisierungsfähigen und digitalisierungswürdigen Verwaltungsleistungen (TOP500) haben Bund, Länder und Kommunen gemeinsam gestaltet. Das lässt hoffen und weist in die richtige Richtung. Diese Art der Zusammenarbeit muss verstetigt und zum Maßstab des viel beschworenen neuen Geistes der Zusammenarbeit werden. Ein E-Government-Pakt für Deutschland könnte den Auftakt für ein politisches Begleitprogramm bilden, das für Akzeptanz und Veränderungsbereitschaft sorgt.

Alle Beteiligten müssen die Sicherheit gewinnen, dass sie als Teil einer konzertierten Gesamtkonzeption greifbare Vorteile von einer kooperativen, aber auch verbindlichen Zusammenarbeit erhalten. Neben einheitlichen Standards, auskömmlichen Finanzierungskonzepten und einem möglichst gemeinsamen Projektmarketing müssen am Ende auch Lösungen entwickelt worden sein, die nicht nur hochgradig nutzerfreundlich, sondern die für Gemeinden und Landkreise auch sehr einfach zu übernehmen und zu implementieren sind. Den kommunalen IT-Dienstleistern kommt dabei die Aufgabe zu, möglichst schlüsselfertige Gesamtpakete zu entwickeln.

„Definiert werden muss, wer was macht und wer was bezahlt.“



▲ Dorothea Störr-Ritter ist Landrätin im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald.



# Vorbildlich digital und mobil

## Österreich hat bei der digitalen Transformation ein hohes Tempo eingeschlagen

**Der Wohlstand eines Landes hängt immer mehr vom Grad der Digitalisierung ab. Mit der Digital Roadmap Austria wurde 2017 der Fahrplan zu einem digitalen Österreich skizziert. Die Bedeutung der Digitalisierung spiegelt sich dort nicht nur im Regierungsprogramm wider, sondern auch in einem eigenen Ministerium für Digitales und Wirtschaftsstandort (BMDW).**

Die Digitalisierung macht vor keiner Branche halt und schon gar nicht vor der Verwaltung. Digitalisierung steigert den Wettbewerb und damit die Anforderungen an den digitalen Entwicklungsstand eines Landes und seiner Kommunen. So hat etwa die Marktdurchdringung von Smartphones in Österreich mittlerweile 94 Prozent erreicht, und es ist daher eine logische Konsequenz, die E-Government-Angebote möglichst flächendeckend auch für mobile Endgeräte anzubieten. Die neue Plattform [oesterreich.gv.at](http://oesterreich.gv.at) ermöglicht auch via Smartphone-App den Zugriff auf alle wichtigen Behördenwege (Bürgerkonto).

Laut E-Government-Monitor 2017 der Initiative D21 ist die E-Government Nutzung in Österreich (74 Prozent im Vergleich zu 41 Prozent in Deutschland) auf sehr hohem Niveau. Rund 200 Anwendungen im behördlichen und privatwirtschaftlichen Bereich können mittlerweile mit der kostenlosen Handy-Signatur erledigt werden. Diese ist damit schon lange nicht mehr auf die Erledigung von Behördenwegen beschränkt. Denn auch Unternehmen nutzen das Instrument der Handy-Signatur, beispielsweise für den gesicherten Einstieg ihrer Mitarbeiter beziehungsweise Kunden in Firmenportale oder für die Einholung von Unterschriften auf Verträgen und anderen wichtigen Dokumenten.



▲ Christian Rupp ist Sonderbeauftragter für die Digitalisierung der Wirtschaftskammer Österreich und Leiter der KMU DIGITAL Initiative.

### Schallmauer durchbrochen

Mit der millionsten Anmeldung zur Handy-Signatur wurde Anfang Mai eine Schallmauer durchbrochen. Der Vorteil, überall und zu jeder Zeit unter Einhaltung höchster Sicherheitsstandards elektronisch zu unterschreiben, hat sich bei den österreichischen Bürgerinnen und Bürgern etabliert.

Mit der dem Online-Gründungsverfahren eGründung sparen sich Gründer viele Amtswege – so können Gewerbeanmeldung, Finanzamtsmeldung, Versicherungsmeldung bei der SVA und die Erklärung nach dem Neugründungsförderungsgesetz an einer Stelle angestoßen und per Handy-Signatur elektronisch unterschrieben werden.

### Medienkompetenz wird immer wichtiger

Neben Kindern und Jugendlichen gilt es auch jene abzuholen, die im Arbeitsprozess stehen. Stichwort: Re-Skilling, das heißt, digitale Fähigkeiten während des Arbeitsprozesses auszubilden. Darüber hinaus geht es um jene Gruppe, die wieder in den Arbeitsprozess eingegliedert werden will (etwa nach einer Karenz) – dort fehlt es oft an digitaler Ausbildung. Und als letzte Gruppe: Die über 60-Jährigen. Hier geht es um soziale Inklusion. Digitale Skills erlangen, bedeutet, arbeitsfähig zu sein, einen Job zu bekommen, einen Job halten zu können und auch im Alter am Leben teilzuhaben. Hier wird es mit den unter-

schiedlichen Akteuren einen Pakt für Bildung mit neuen Qualitätslabels und kostenlosen Weiterbildungsmodulen geben.

### Koordination und Kooperation

Die Österreichische E-Government-Strategie beruht seit 15 Jahren auf einer engen Zusammenarbeit aller Akteure (in der Plattform Digitales Österreich), da lediglich durch eine erfolgreiche Kooperation aller Partner vorhandene Ressourcen effizient eingesetzt und Synergieeffekte erzielt werden können. Einheitliche Standards (für Bund, Länder, Kommunen) bei Formularstyleguides, Open Source Tools bei E-Zustellung oder E-Payment zeigen die effiziente Zusammenarbeit.

Der elektronische Akt im Bund (ELAK) ist als zentrales E-Government-System der österreichischen Bundesverwaltung seit 2004 für Workflow- und Dokumentenmanagement verpflichtend in Betrieb. 1,5 Millionen Akten und 20 Millionen Dokumente werden damit pro Jahr elektronisch verarbeitet. 11.000 Benutzer aus den Bundesministerien, obersten Organen, Gerichtshöfen, ausgegliederten Rechtsträgern und nachgeordneten Dienststellen des Bundes arbeiten mit dem Elektronischen Akt, der vom Posteingang bis zur Erledigung durchgängig elektronisch funktioniert – ein europäisches Referenzprojekt.

Über den Portalverbund Austria haben 140.000 Benutzer mittels Single-Sign-On (SSO) Zugriff auf mehr als 400 integrierte Anwendungen, darunter alle Querschnittsanwendungen der Bundesverwaltung. Durchschnittlich erfolgen ca. 350.000 Anmeldungen pro Tag. Mit der verpflichtenden E-Rechnung wurde eine Plattform geschaffen, um elektronisch Rechnungen an den Bund und andere öffentliche Einrichtungen zu verschicken. Derzeit gibt es mehr als 30.000 Benutzer, die über 900.000 Rechnungen pro Jahr mit dieser Applikation übermitteln.

Das Portal [onlinesicherheit.gv.at](https://onlinesicherheit.gv.at) unterstützt mit fundierten Informationen zu aktuellen Sicherheitsrisiken in der Online-Welt, zeigt Technologietrends auf und bietet einen Überblick über wirkungsvolle Präventions- und Erste Hilfe-Maßnahmen. Das Portal bietet auch Vorschläge für Gratis-Sicherheitstools zum Schutz von Geräten und Daten und der Erste-Hilfe-Bereich unterstützt mit Informationen zu Melde- und Beratungsstellen sowie zur Schadsoftware-Entfernung und Datenrettung.

### Fazit

Summa summarum ist die Digitalisierung eine Reise, wobei sich das Ziel durch neue Technologien immer wieder verändert. Wir müssen deshalb flexibler und agiler sein und die Politik hat dabei die Rahmenbedingungen vorzugeben. Österreich befindet sich mitten auf dieser Reise und ist bereits für viele andere Länder Vorbild geworden.

[www.digitales.oesterreich.gv.at](http://www.digitales.oesterreich.gv.at)

[www.bmdw.gv.at/Digitalisierung](http://www.bmdw.gv.at/Digitalisierung)

## 13 neue digitale Berufsbilder für rund 2.000 Lehrlinge

Die Digitalisierung verändert die Berufswelt und Aufgabe der Politik ist es diesen Wandel zu begleiten.



„Wir wollen, dass unsere Lehrlinge auch in Zukunft top ausgebildet sind, und daher modernisieren wir bestehende Berufsbilder und schaffen neue Lehrberufe wie etwa den E-Commerce-Kaufmann.“

Bundesministerin Dr. Margarete Schramböck,  
Bundesministerium für  
Digitalisierung und Wirtschaftsstandort

Wie stehen eigentlich die Parteien – auch jene, die nicht an der Regierung beteiligt sind – zur angekündigten Digitalpolitik? Wir haben uns unter den Sprechern der Fraktionen im Bundestagsausschuss Digitale Agenda umgehört. Bis auf die AfD haben uns alle geantwortet.

## Nie waren wir digitaler ...



**Thomas Jarzombek, CDU**

„Erstmals behandelt ein Koalitionsvertrag das Thema Digitalisierung so ausführlich, wie es notwendig ist. Mit der Koordinierung durch die neu geschaffene Staatsministerin für Digitalisierung im Kanzleramt verspreche ich mir außerdem eine deutlich bessere Koordinierung der Digitalpolitik der Bundesregierung.“

Eine Priorität sehe ich zwangsläufig dort, wo die Digitalisierung den Bürgerinnen und Bürgern zuerst begegnet: im Breitbandausbau. Zwar setzen wir auf einen Ausbau durch die Telekommunikationsunternehmen, aber werden dort, wo der Markt versagt, den Ausbau mit Fördergeld unterstützen. Dafür sind neben den zur Verfügung stehenden mehr als 4 Milliarden Euro weitere 10 bis 12 Milliarden Euro im Koalitionsvertrag beschlossen. Das bisherige Förderprogramm braucht von der Bewerbung beim Bundesverkehrsministerium über die europaweite Ausschreibung des Projekts, über die Tiefbauarbeiten bis hin zum Anschluss der Haushalte und Gewerbeunternehmen aber einfach zu lange. Hier müssen wir schneller werden und Hürden abbauen.“



**Dr. Jens Zimmermann, SPD**

„Nie war ein Koalitionsvertrag digitaler! Die Digitalisierung eröffnet große Chancen für unser Land und jeden Einzelnen. Wir müssen digital aufholen und dafür ist der Vertrag ein guter Fahrplan.“

Für die SPD-Fraktion hat es Priorität, den Zugang zur digitalen Infrastruktur zu sichern: flächendeckend, schnell und leistungsgerecht. Das Recht auf ein schnelles Netz steht im Vertrag – das ist ein großer Erfolg. Für uns ist Digitalpolitik Gesellschaftspolitik: Wir bringen die digitale Verwaltung mit dem Bürgerkonto voran. Wir starten eine digitale Bildungsoffensive von der Kita bis zu Studium oder Meister. Außerdem wollen wir den Rahmen für die digitale Arbeit gestalten, um Chancen für selbstbestimmtes Arbeiten zu nutzen und Risiken von digital vernetzter Arbeit zu minimieren. Den gelungenen Koalitionsverhandlungen müssen jetzt Taten folgen. Deutschland braucht einen Sprint für die digitale Aufholjagd: Von der Bundesregierung erwarte ich dafür eine Teamleistung aller Ministerien.“



**Dieter Janecek, Die Grünen**

„Im Koalitionsvertrag finden sich zwar alle notwendigen Schlagworte, um einen guten ersten Eindruck zu hinterlassen. Viele der Vorhaben scheinen aber nicht besonders detailliert ausgearbeitet zu sein. Je konkreter unsere Fragen, desto vager die Antworten der Bundesregierung.“

Problematischer als das sind allerdings die offensichtlichen Leerstellen: Es fehlt eine kohärente Strategie mit eindeutigen Prioritäten für diese Legislaturperiode. Der Glasfaserausbau mit Zielsetzungen für 2025 gehört offenbar nicht dazu. Nachdem die Bundesregierung es wieder nicht geschafft hat, eine klare Verantwortung und Koordinierung für digitalpolitische Initiativen zu schaffen, war das leider zu erwarten. Nicht hinnehmbar angesichts von Klimawandel und Umweltproblemen ist allerdings die Tatsache, dass der Koalitionsvertrag komplett die ökologische Dimension von Digitalisierung ausblendet. Hier lassen wir vielversprechende Chancen für Nachhaltigkeit und die Verbesserung der Lebensqualität der Menschen einfach liegen.“

**I Nach 40 Jahren INFOKOM**

Hubert Kochjohann geht in den Ruhestand

**II abfallnavi für Aachen**

Als App und im Web:  
regio iT-Abfallkalender

**II Stadtbibliothek Gütersloh**

Automatische Medienannahme  
und -sortierung

**III Axians Infoma Innovationspreis**

Borgholzhausen und Düren ausgezeichnet

**III eWorld energy & water**

Hoher Andrang am Messestand

**IV eFleet-Buchungssystem**

E-Fahrzeug-Flotten effektiv managen

# Hubert Kochjohann verabschiedet

**Am 1. März war es soweit: Nach mehr als 40 Dienstjahren wurde Hubert Kochjohann, der stellvertretende Geschäftsführer des Zweckverbandes INFOKOM Gütersloh, in den Ruhestand verabschiedet.**

„Sie haben die letzten Jahrzehnte der Digitalisierung in den Verwaltungen der kreisangehörigen Kommunen nicht nur miterlebt, sondern auch wesentlich geprägt. Durch Ihre langjährige Tätigkeit haben Sie für die INFOKOM und die regio iT als der kommunale IT-Dienstleister im Kreis Gütersloh viele Weichenstellungen vorgenommen und gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Rathäusern technische Weiterentwicklungen in die Wege geleitet“, brachte Güterslohs Landrat Sven-Georg Adenauer die Leistung Kochjohanns auf den Punkt. Der Vorsteher des Zweckverbandes würdigte die Arbeit des Neu-Ruheständlers mit launigen Worten in der Feierstunde vor mehr als 90 Gästen – darunter auch einige Bürgermeisterinnen und Bürgermeister – und hob insbesondere dessen Einsatz für den Standort Gütersloh hervor. Seine „hohe Identifikation“ mit dem Standort hinderte Kochjohann nicht daran, zum Befürworter und Motor



▲ v. l.: Dieter Rehfeld (Vorsitzender der regio iT-Geschäftsführung), Andreas Poppenborg (Mitglied der regio iT-Geschäftsleitung), Hubert Kochjohann und Landrat Sven-Georg Adenauer

der Fusion von INFOKOM und der Aachener regio iT im Jahr 2011 zu werden. Andreas Poppenborg, Geschäftsführer des Zweckverbandes und Mitglied der regio iT-Geschäftsleitung, dankte Kochjohann für dessen „gute, konstruktive und kollegiale Zusammenarbeit“.

*Carola Adenauer*



## Die neue Ausgabe des regio iT-Magazins „login //“ ist da!

Zur EU-DSGVO befragt das regio iT-Magazin „login //“ den Europa-Parlamentarier Jan Philipp Albrecht. Albrecht ist stellvertretender Vorsitzender des Innen- und Justizausschusses des Europäischen Parlaments und Berichterstatter für die DSGVO. Der Experte beantwortet Fragen zur Datensouveränität und beschreibt, wie ein fairer Digitalmarkt und neue digitale Grundrechte aussehen sollten und was die neue Verordnung für Verwaltungsbehörden bedeutet.

Gerne können Sie das Magazin anfordern unter: [redaktion@regioit.de](mailto:redaktion@regioit.de).  
Übrigens können Sie eine Auswahl der Geschichten auch online lesen.  
Die login // finden Sie im Netz unter: [www.login-magazin.de](http://www.login-magazin.de)

*Birgit Becker*

## Der nächste Abholtermin kommt bestimmt ...

... natürlich auch in Aachen! Seit kurzem bietet das „abfallnavi – der digitale Abfallkalender der regio iT“ den Bürgerinnen und Bürgern Informationen rund ums Thema Abfallentsorgung.

Ein individueller Abfallkalender, ein umfangreiches Abfall-ABC und ein Erinnerungsservice für die Entsorgungstermine per E-Mail: All das vereint das abfallnavi. Der digitale Abfallkalender weiß Bescheid und gibt Auskunft als Web-Anwendung für alle Endgeräte oder als App für iOS und Android. Und seit kurzem können auch Aachens Bürgerinnen und Bürger die mobile Anwendung nutzen.

Auf kurzem Weg zum digitalen Abfallkalender: Das abfallnavi bietet Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, einen individuellen Abfallkalender zu erstellen – monatsweise oder für das ganze Jahr. Dazu genügt es, die eigene Adresse einzugeben und dann zu wählen, welche Abfallbehälter in der Übersicht berücksichtigt werden sollen. Dank der Erinnerungsfunktion per E-Mail verpassen die Anwohner keinen Abholtermin mehr. Im abfallnavi sind alle Abfuhrtermine für das gesamte Aachener Stadtgebiet hinterlegt. Auch Verschiebungen – etwa durch Feiertage – werden berücksichtigt.



Doch das ist längst nicht alles, was das abfallnavi zu bieten hat: Ein umfangreiches Abfall-ABC stellt weitere Informationen rund ums Thema Abfallentsorgung zur Verfügung – von Standorten für beispielsweise Glascontainer über Ausgabestellen für Gelbe Säcke und Verkaufsstellen für amtliche Restabfallsäcke bis hin zu sämtlichen Entsorgungsstandorten.

*Birgit Becker*

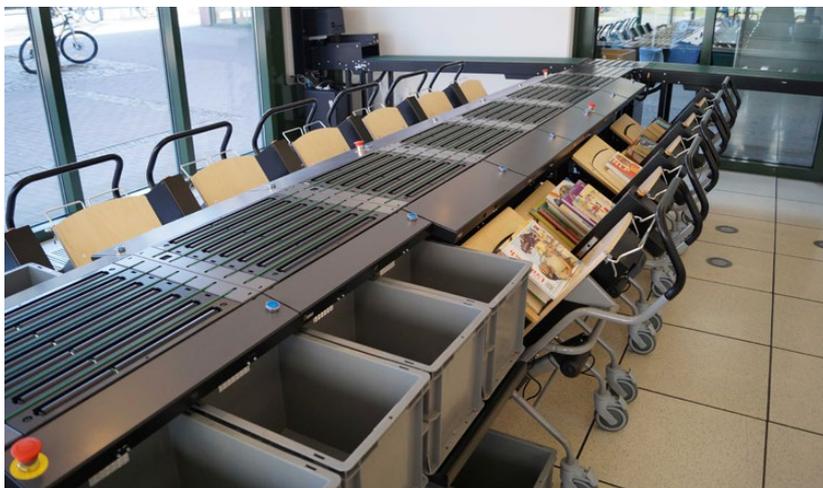
## Stadtbibliothek Gütersloh setzt auf automatische Rückgabeterminals

**Medien zurückgeben auch außerhalb der Öffnungszeiten? Diesen Service bietet die Stadtbibliothek Gütersloh mit technischer Unterstützung der regio iT.**

▼ Das Medien-Rückgabeband – fast wie im Flughafen.

„Wir haben die IT-Technik betreut, beispielsweise das Netzwerk bereitgestellt und die Schnittstelle zum Library Management System abgestimmt“,

erläutert Projektleiter Roland Harre. Und mehr als das: Bei der europaweiten Ausschreibung prüften die Mitarbeiter die technische Seite der Angebote.



Im Dezember 2017 wurden zwei Innenterminals und ein Außenterminal in Betrieb genommen und erleichtern den Bibliotheksangestellten das Leben. „Die Anlage erinnert an eine Minikoffer-sortierung, ähnlich wie im Flughafen“, findet Harre. Vollautomatisch werden die Medien entgegengenommen und in elf Kategorien vorsortiert. Dank RFID-Codierung öffnet das Terminal seine Klappe. Buch, CD oder DVD einlegen und schon geht es über das Förderband zum Drehteller. Der platziert das Medium auf einem der elf Sortierwagen. Bis zu 2.000 Medien kann ein Terminal in der Stunde verarbeiten.

*Carola Adenauer*

## Der Axians Infoma Innovationspreis 2017 geht in diesem Jahr ...

... an die Städte Düren und Borgholzhausen. Ausgezeichnet wurden erneut zukunftsweisende Projekte auf Basis von Infoma newsystem in kommunalen Verwaltungen und öffentlichen Einrichtungen.

Immer mehr Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen wollen städtische Dienstleistungen online in Anspruch nehmen – ohne Gang „aufs Amt“. Das motiviert kommunale IT-Dienstleister, ihre Produkte und Dienstleistungen kontinuierlich weiterzuentwickeln, um ihren Kunden – den Kommunen und Verwaltungen – die adäquate Grundlage für die Verwaltungsmodernisierung bieten zu können. Zahlreiche Veränderungs- und Modernisierungsprojekte wurden schon auf den Weg gebracht.

Auch die Städte Düren und Borgholzhausen tun einiges für eine erfolgreiche Verwaltungsmodernisierung. Sie sind ein gelungenes Beispiel dafür, wie sich IT im Rahmen einer mutigen Reorganisation zur Aufwands- und Kostensenkung einsetzen lässt – und dabei gleichzeitig der Kunden- und Bürgerservice verbessert werden kann. So konnte die Stadt Düren etwa mit einer modernen E-Payment-Lösung überzeugen, wohingegen Borgholzhausen mit ihrem E-Portal bei der Jury punkten konnte. Übrigens ist die Stadt Düren keine Unbe-



▲ Die beiden Städte Düren und Borgholzhausen (im Bild) freuen sich über den Axians Infoma Innovationspreis 2017.

kannte: Die Modellkommune E-Government wurde bereits 2014 für ihr Projekt „Elektronische Steuerabteilung“ mit dem Innovationspreis ausgezeichnet. „Für die beiden Städte stellt der Innovationspreis eine große Anerkennung dar“, freut sich auch Doris Havertz, regio iT-Centerleiterin fürs Kommunale Finanzmanagement, bei der Preisübergabe mit den Gewinnern.

Der Axians Infoma Innovationspreis für kommunale Verwaltungen wurde bereits in 2013 ins Leben gerufen. Er steht für die Auszeichnung zukunftsweisender Projekte und ist mit 5.000 Euro für den Gewinner und jeweils 2.500 Euro für die zwei Finalisten dotiert. Die drei Bestplatzierten können den Preis individuell für ein soziales Projekt vor Ort einsetzen. *Birgit Becker*

## Beratungsmarathon bei der eWorld energy & water

Intelligentes Messwesen (Smart Metering), Energiemanagement und Mobilität gehören zum Portfolio der regio iT – und auch zwingend auf die eWorld, die Messe der Energiewirtschaft in Essen. „Die Messe war ein voller Erfolg“, stellt regio iT-Projektleiter Thomas Schulz fest. Rund 500 Besucher zeigten sich an den drei Tagen am Messestand, 80 Beratungsgespräche fanden allein zum Thema Smart Metering statt.

Smart Metering ist eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Energiewende und war somit zu Recht Kernthema der Beratungsgespräche am

Messestand. Die regio iT ist hier ein Unternehmen der ersten Stunde, das sich seit knapp zehn Jahren mit intelligentem Messwesen befasst. Bereits 2009 begannen die Feldversuche im Bereich Smart Metering im Verbund mit den Stadtwerken Aachen. Das Herzstück beim intelligenten Messsystem ist die Kommunikationseinheit, das Smart Meter Gateway. Darüber werden alle Verbindungen nach Innen und Außen abgewickelt. Die regio iT ist seit 2017 zertifizierter Gateway Administrator und bietet höchste Sicherheitsstandards – entsprechend gefragt war das Know-how der Aachener bei der eWorld.

### Abo bestellen!

Sie möchten keine Ausgabe der Vitako aktuell verpassen? Über [redaktion@regioit.de](mailto:redaktion@regioit.de) können Sie unter dem Stichwort „Abo“ ein kostenloses Abonnement bestellen. Und jederzeit wieder kündigen. *Birgit Becker*

Ebenfalls stark nachgefragt war e2watch, die nach DIN EN ISO 50001-zertifizierte Energieeffizienz-Lösung der regio iT. Schulz merkt an: „Wir punkten auch mit innovativen Lösungen und Add-on-Services, beispielsweise mit einer Lastmanagement-Lösung für elektromobile Fuhrparks, Quartierslösungen und Gewerbekunden“. *Carola Adenauer*

# Fuhrparkmanagement leicht gemacht: Optimale Ausnutzung der Lade- und Flottenkapazitäten

Wissen, wann welches E-Fahrzeug vollständig geladen und welcher Wagen für welche Strecke verfügbar ist – was wie Zukunftsmusik klingt, ist für regio iT-Kunden vielleicht schon ab Herbst Wirklichkeit. Im Rahmen von „3connect“, einem Forschungsprojekt des vom Bundeswirtschaftsministerium geförderten Programms „IKT für Elektromobilität III“, entwickelten regio iT und smartlab gemeinsam eine Lastmanagement-Software. Regio iT ist nun dabei, diese zu testen – und mit dem Arbeitstitel „eFleet-Buchungssystem“ weiterzuentwickeln. Wie das Tool Unternehmen oder Kommunen mit E-Flotten das Leben erleichtern kann, schildert Jörg Röhlen, Produkt- und Kundenmanager der regio iT.

## An wen genau richtet sich das Produkt und inwiefern profitieren die Anwender vom Einsatz der Software?

Wir schaffen eine softwarebasierte Lösung für Unternehmen, die größere Teile des Fuhrparks auf E-Autos umstellen. Das logistische Nadelöhr sind die begrenzten Lademöglichkeiten für große Flotten. Diese müssen aber nur bedingt oder gar

nicht mitwachsen, wenn die vorhandenen Kapazitäten optimal ausgenutzt werden. Unsere Software unterstützt diese effektive Ausnutzung – und macht einen aufwändigen Infrastrukturausbau für die Schaffung neuer Ladepunkte oft unnötig. Dabei arbeiten wir mit einem offenen Protokollstandard, der flexibel, ausbaufähig und bereits heute auf die wachsenden Ansprüche in der Zukunft ausgerichtet ist.

## Wie genau funktioniert die Auslastungsoptimierung per Software?

Die Software erkennt, wenn ein Auto „voll“ ist. Die freien Ladekapazitäten werden dann automatisch umgeleitet, sodass weitere Fahrzeuge geladen werden. Damit helfen wir Betrieben, mehr schnellladefähige Ladepunkte bereitzustellen. Für Unternehmensflotten und andere Pool-Sharing-Konzepte lässt sich die Steuerung der Ladevorgänge auch auf die optimale Reihenfolge aufzuladender Fahrzeuge anwenden. Hier treffen Dispositions- und Energiemanagementanforderungen zusammen.

## Und die Erweiterung des Lastmanagements hin zum eFleet-Buchungssystem ...

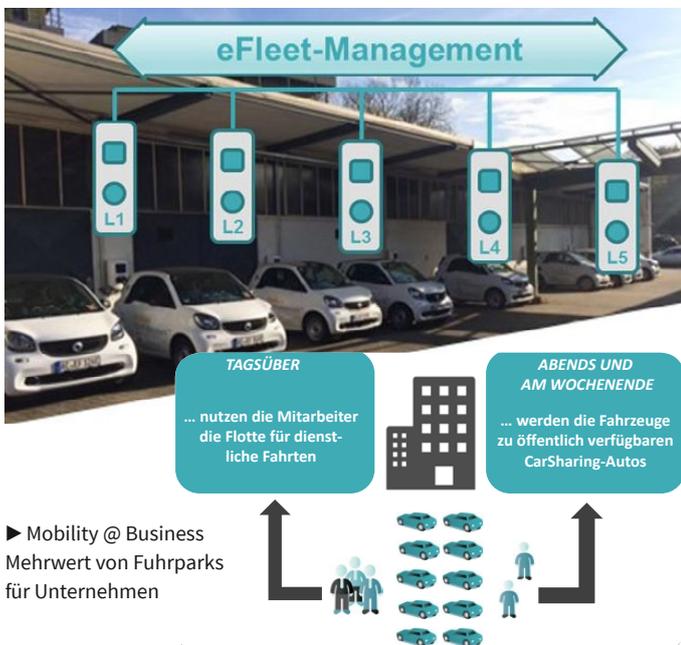
... gekoppelt mit dem Mobility-Broker optimiert dann die Auslastung des Fuhrparks. Darüber hinaus eröffnet es die Möglichkeit, zwischen verschiedenen Mobilitätsangeboten zu wählen. Denn bei der Buchung des Fahrzeugs muss ein weiterer Aspekt berücksichtigt werden: Welche Strecke wird gefahren? Das System teilt mit, welches Fahrzeug den passenden Ladezustand hat. Noch weitergedacht, werden auch Mobilitätsalternativen angeboten. Beispielsweise kann der eigene Fuhrpark nahtlos durch Carsharing-Angebote erweitert werden.

## Das klingt fast ein wenig utopisch ...

Ist es aber nicht. Die entsprechende Software und auch die Tools stehen zur Verfügung. Werden diese intelligent verknüpft, öffnet sich ein großes Feld an neuen Möglichkeiten im Bereich E-Mobilität, Energiemanagement und Energieeffizienz.

*Carola Adenauer*

▼ Die E-Fleet-Management-Software steuert die Ladevorgänge per Backend.



► Mobility @ Business Mehrwert von Fuhrparks für Unternehmen

Impressum .....

**regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh**

Lombardenstraße 24  
52070 Aachen  
Telefon: 0241 - 413 59 0  
E-Mail: medien@regioit.de

Carl-Bertelsmann-Straße 29  
33332 Gütersloh  
Telefon: 05241 - 2113 0  
www.regioit.de

V.i.S.d.P.: Dieter Rehfeld, Redaktion: Birgit Becker  
Vertrieb: Jürgen Kouhl, vertrieb@regioit.de  
Bildnachweise: regio iT GmbH  
Autoren dieser Ausgabe: Carola Adenauer, Birgit Becker

## ... und niemals weniger koordiniert



### Anke Domscheit-Berg, Die Linke

„Die Digitalisierung kommt im Koalitionsvertrag oft vor, ich vermisse aber weiterhin eine ganzheitliche Digitalisierungsstrategie, zum Beispiel auch zur notwendigen Umgestaltung der sozialen Sicherungssysteme, damit trotz Umbrüchen im Arbeitsmarkt niemand Angst vor der Zukunft haben muss. Die Koalition verdrängt leider, dass eine digitale von einer sozialen Revolution begleitet werden muss.“

Viele Vorhaben standen außerdem schon früher ergebnislos in Koalitionsverträgen. Sie scheiterten mangels Ressourcen und Mut zu einem echten Aufbruch: etwa im Glasfaserausbau, in der digitalen Bildung oder im E-Government. Das Gleiche zeichnet sich wieder ab. So gibt es 5.700 öffentliche Dienstleistungen, allein die Umsetzung der 60 häufigsten als elektronischen Dienst würde 1,7 Milliarden Euro kosten. Wie soll eine umfassende Digitalisierung der Verwaltung mit den 500 Millionen Euro aus dem Koalitionsvertrag machbar sein? Auch die 3,5 Milliarden Euro, die für den digitalen Bildungspakt fließen sollen, sind ein Tropfen auf den heißen Stein und reichen bestenfalls für WLAN in den Schulen. Manche Themen haben es überhaupt nicht in den Koalitionsvertrag geschafft, weder ein Lobbyregister noch ein Transparenzgesetz finden sich dort.“



### Jimmy Schulz, FDP

„Deutschland muss fit für die Zukunft werden. Wer den Koalitionsvertrag nebulös, aber optimistisch fand, wird durch die Haushaltsplanung ernüchtert: Es sind weniger Investitionen (auch im Bereich Digitalisierung) geplant, trotz Rekordeinnahmen. Die Chancen der Digitalisierung bleiben so auf der Strecke. Wir haben einen breiten gesellschaftlichen Konsens, dass Digitalisierung alle Lebensbereiche umfasst und dass wir hinterherhinken. Ich bin überzeugt: Wir können mehr. Dazu müssen wir zuerst die Digitalisierungskompetenzen bündeln, zum Beispiel durch ein Digitalministerium.“

Außerdem plädiere ich dafür, dass Wasser, Strom, Glasfaser zur Grundversorgung jedes Haushaltes gehören. Hier brauchen wir eine mutige Offensive. Genauso im Bereich digitaler Bildung – für alle Altersklassen. Wir brauchen Fachkräfte mit Digitalkompetenz! Darüber hinaus ist IT-Sicherheit ein wichtiges Anliegen, das uns auch im Kontext E-Government beschäftigt. Ebenso betrachten wir den Schutz der Privatsphäre in der digitalen Welt als bedeutendes Thema. Deshalb setzen wir uns zum Beispiel für ein Recht auf Verschlüsselung ein: Anbieter von Telekommunikationsdienstleistungen sollen verpflichtet werden, die Standardvariante ihrer Kommunikation Ende-zu-Ende verschlüsselt anzubieten.“

# „Konsequente Umsetzung“

## Bundes-CIO Klaus Vitt im Gespräch mit Vitako-Geschäftsführer Ralf Resch über die Digitalisierungsprojekte des Bundes

**Herr Vitt, durch die neue Regierung ist frischer Wind in vielen Digitalisierungsprojekten zu spüren. Wirkt sich dies auch auf Ihre Arbeit aus?**

Die neue Regierung geht mit viel Elan an die Arbeit. Ein neuer Wind ist bei der Bereitstellung von 500 Millionen Euro für die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) auf Bundesebene zu spüren. Die anderen Projekte wie das Digitalisierungsprogramm und der Portalverbund laufen ja schon eine ganze Weile und werden weiter konsequent umgesetzt. Gleiches gilt für Bundesprojekte wie die Einführung der elektronischen Akte und E-Rechnung.

Agentur geben, mit der wir innovative Lösungen und neue Ideen für die Digitalisierung der Verwaltung fördern wollen.

**In welcher Form sollen Kommunen und ihre Dienstleister in die künftige E-Government-Agentur einbezogen werden?**

Die E-Government-Agentur soll für die Entwicklung wirklich innovativer neuer Lösungen zuständig sein. Es geht um neue technische Lösungen für die Digitalisierung der Verwaltung und um die digitale Transformation der Organisationen. Natürlich muss sich eine solche Einheit auch eng mit den Innovationseinheiten der anderen Ebenen austauschen. Eine Beteiligung der kommunalen Ebene könnte ich mir aber auch im Rahmen des IT-Planungsrates vorstellen. So sollte zu einem geeigneten Zeitpunkt in den einzelnen Projekten entschieden werden, ob die E-Government-Agentur das Thema zur weiteren Standardisierung an FITKO (Föderale IT-Kooperation) übergibt.

**Welche Prioritäten hat der IT-Planungsrat für 2018?**

Natürlich die Umsetzung des OZG und der Aufbau des Portalverbundes. Für den Portalverbund entwickeln wir gerade das dafür notwendige Online-Gateway. Bis Oktober sollen fünf Verwaltungsportale pilothaft zu einem Verbund zusammengeschlossen werden. Daran beteiligt sind Hamburg, Berlin, Hessen, Bayern und der Bund. Zur OZG-Umsetzung ist die Digitalisierung von circa 575 Anliegen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen erforderlich. Davon sind 115 sogenannte Typ 1-Leistungen, die alleine vom Bund zu digitalisieren sind. 460 weitere Leistungen liegen in der Umsetzungskompetenz von Ländern und Kommunen. Bis Ende 2022 soll es bundesweit für alle Anliegen eine digitale Lösung geben.

► Vitako-Geschäftsführer Ralf Resch (l.) führte das Interview mit Bundes-CIO Klaus Vitt.



**Trotz zentraler Anlaufstelle im Bundeskanzleramt sind fast ein Dutzend Kommissionen, Agenturen und Gremien mit der Digitalisierung befasst. Wie sind die Zuständigkeiten geregelt?**

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) ist für die Digitalisierung der Verwaltung verantwortlich. Das gilt für alle Digitalisierungsprojekte auf Bundesebene und für die föderalen Projekte des IT-Planungsrates wie die Umsetzung des OZG und die Einführung des Portalverbundes. Darüber hinaus wird es eine in unserem Haus angesiedelte E-Government-

### Jetzt haben Sie die Registermodernisierung gar nicht als Priorität genannt...

Unsere Priorität ist das Once-Only-Prinzip. Hierfür, aber auch für den Zensus, benötigen wir eine moderne Registerlandschaft mit vernetzten Registern. Es ist geplant, eine moderne Registerlandschaft aufzubauen und schrittweise zu implementieren. Wenn wir Register vernetzen, werden wir sehen, ob wir Qualitätsdefizite haben und wie wir sie beseitigen können.

### Woran denken Sie konkret?

Wir planen auf der Bundesebene eine Spiegelung der Melderegister, damit eine bundesweite Sicht auf die Melderegister möglich wird.

### Das Vorhaben wurde schon vom Normenkontrollrat als schwer umsetzbar bewertet.

Der Normenkontrollrat ist bei einer Erhebung auf 200 teilweise isolierte Register gekommen. Unsere Idee ist, sie so intelligent zu vernetzen, dass wir eine hohe Datenqualität erhalten. Bei 200 Einzelregistern wäre das jedoch eine ziemliche Herausforderung. Wenn wir aber nur den registerbasierten Zensus betrachten, dann benötigen wir circa sechs Register. Entstehen nun im Zuge der Umsetzung des OZG neue Anforderungen, wie zum Beispiel für das antragslose Kindergeld, dann braucht man gegebenenfalls den Zugriff auf Informationen, die etwa im Steuerbereich zur Verfügung stehen.

### Stichwort: Steuer. Würde nicht eine Nutzung der Steuer-ID diese Probleme viel einfacher lösen, als neue Register und Spiegelregister zu schaffen?

Wenn man Register miteinander vernetzen möchte, stellt sich die Frage, über welchen Identifier man das bewerkstelligen will. Man könnte entweder einen neuen Identifier einführen, was aber sehr aufwändig wäre. Oder man nimmt einen bestehenden wie etwa die Steuer-ID, denn die ist eineindeutig – jeder Bürger in Deutschland hat eine Steuer-ID. Allerdings müssten bei der Nutzung der Steuer-ID noch gesetzliche Rahmenbedingungen angepasst werden.

### Bislang hatte das Bundesfinanzministerium (BMF) dies abgelehnt.

Die Diskussionen mit dem BMF sind offen und konstruktiv. Wir haben hier etwa eine Verständigung darüber, dass wir die ELSTER-Zertifikate auch für Verwaltungsportale nutzen können.

Das würde uns einen großen Schub nach vorne geben. Natürlich gilt es hier die rechtlichen Rahmenbedingungen zu betrachten. Aber die Bereitschaft dazu ist prinzipiell da.



### Das Bundesland Bremen hat eine App entwickelt, mit der der Vorgang „Elterngeld“ durchgespielt werden kann. Welche Gesetzesinitiativen werden seitens des Bundes ergriffen, um ELFE (Einfach Leistungen für Eltern) möglich zu machen?

Bremen hat eine Gesetzesänderung über den Bundesrat initiiert. Das wird von uns, aber auch vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) ausdrücklich begrüßt und unterstützt. Wenn es einen Anpassungsbedarf bei den gesetzlichen Regelungen gibt, werden wir ihn in das Gesetzgebungsverfahren einbringen.

### Hamburg will den Prozess der Beantragung und Erstellung eines Personalausweises dahingehend ändern, dass nur noch ein Behörden-gang für die Beantragung notwendig ist. Ist es richtig, dass es in Ihrem Haus Bedenken gibt?

Bei der Digitalisierung einzelner Anliegen steht der Bürger- und Unternehmensnutzen im Vordergrund. Beim Personalausweis müssen wir aber auch Sicherheitsaspekte berücksichtigen. Es gibt sehr professionelle Angreifer im Bereich der Cybersicherheit, und wir müssen uns überlegen, wie wir beispielsweise falsche Passbilder verhindern wollen, wenn es keine Inaugenscheinahme beim Bürgerkontakt mehr gibt.

**Serie: VERTRAUEN UND SICHERHEIT ONLINE**

Teil 1: Vertrauen und Usability – paradoxes Nutzerverhalten

**Teil 2: Datensouveränität für Bürger – Konzepte und Anwendungen**

Teil 3: Awareness: Wie führt Sensibilisierung zu mehr Sicherheit?

Teil 4: Krisenkommunikation und Vertrauensaufbau

# Die Zweifel wachsen

## Wege zur Regulierung von Datensicherheit

**Im zweiten Teil unserer Serie zu „Vertrauen und Sicherheit online“ plädiert DIVSI-Chef Matthias Kammer für mehr Datensouveränität für Bürgerinnen und Bürger und für eine „regulierte Disruption“.**

Im Diskurs über Chancen und Risiken des digitalen Zeitalters sind die altbekannten Begriffe Vertrauen und Sicherheit für den Wirtschaftsraum sowie für unseren sozialen Umgang miteinander immens wichtig. Dabei müssen Fragen zur Sicherheit von Daten als eine besondere Herausforderung für Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und das Individuum angesehen werden. Nutzerdaten sind heiß begehrt.

Längst wurde erkannt, dass die Internetnutzung mit Risiken verbunden ist. Hacking und andere Varianten des Cybercrime haben die Nutzer jedoch nicht vorsichtiger gemacht. Möglicherweise haben viele längst resigniert und fragen sich: Wozu verschlüsseln, wenn sogar Bundestag und Bundesregierung, wie jüngst offenkundig geworden, ihre Daten nicht schützen können? In diesem Zusammenhang wird gerne der Datenschutz aufgerufen. Aus meiner Sicht geht es um unsere im Grundgesetz verbrieften Freiheitsrechte, um unser Persönlichkeitsrecht, das bedroht ist.

Ein wichtiger Schritt zu besserem Datenschutz ist, die Souveränität jedes Einzelnen darin zu stärken, selbst über die Verwendung seiner Daten zu entscheiden. Der Datensouveränität kommt im digitalen Zeitalter eine Schlüsselrolle zu.

Nutzer und Anbieter müssen sich auf Augenhöhe begegnen können. Das gilt generell auch für den Schutz der Daten vor dem Zugriff des Staates. Dabei muss jedem Nutzer auch die Möglichkeit eingeräumt werden, eine gegebene Einwilligung zur Datennutzung rückgängig zu machen. Unsere Gesellschaft braucht dafür Rahmenbedingungen, wofür die EU-Datenschutz-Grundverordnung in die passende Richtung zeigt.

### Glaube an Sicherheit zurückgegangen

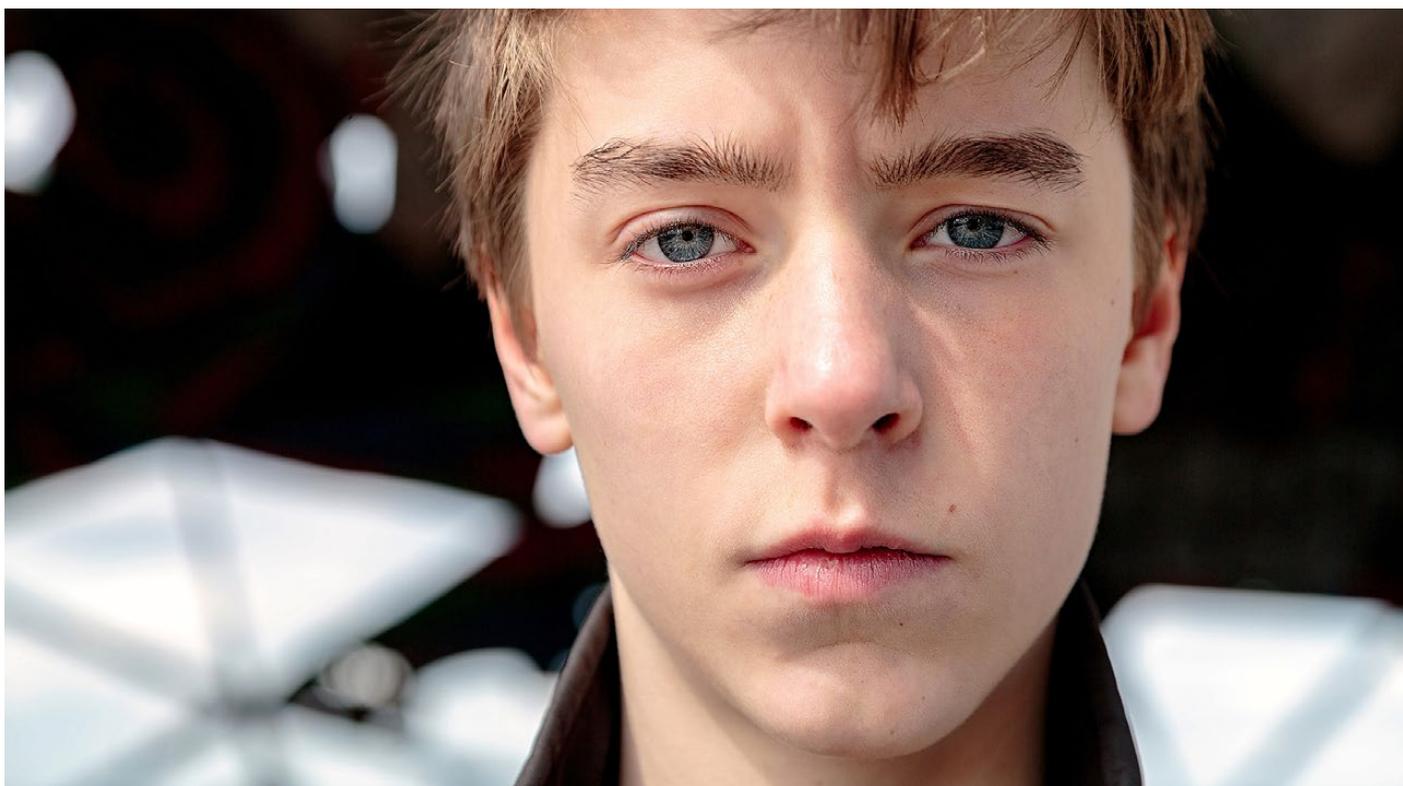
Die Studie „Daten – Ware und Währung“ des Deutschen Instituts für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI), realisiert mit Infratest dimap, hat Antworten zur kommerziellen Weiterverwendung persönlicher Daten und damit zusammenhängenden Sicherheitsproblemen geliefert. Demnach lehnen Internetnutzer das Geschäft mit den eigenen Daten ab. Sehr vielen ist bewusst, dass die meisten Anbieter insbesondere von kostenlosen Onlineangeboten mit den persönlichen Daten der Nutzer Geld verdienen. Allerdings noch mehr, 80 Prozent der Befragten, wollen das nicht.

So kann es kaum verwundern, wenn jeder dritte Internetnutzer nach den Ergebnissen der Studie bereit wäre, für

den Schutz der eigenen Daten zu bezahlen (41 Euro pro Jahr im Durchschnitt). 59 Prozent bezweifeln jedoch gleichzeitig, dass dies tatsächlich zu höherer Datensicherheit führt. Und immerhin 48 Prozent sind dabei der Auffassung: Wenn private Daten genutzt werden, sollten diejenigen, die an dieser Praxis derzeit den alleinigen Vorteil haben, die Kunden am Erlös beteiligen. Auch ökonomische Interessen des Einzelnen müssen künftig Berücksichtigung finden.

Grundsätzlich ist der Glaube an eine mögliche (Daten-)Sicherheit deutlich zurückgegangen; es hat sich nüchterner Fatalismus breitgemacht. So ein Ergebnis der DIVSI-Studie „Die digitalisierte Gesellschaft in Bewegung“. Insbesondere die Sorge um einen möglichen Missbrauch der eigenen Daten treibt die Menschen in Deutschland um. 86 Prozent der Befragten fordern, dass Datengeschäfte gesetzlich verboten werden sollen.

Der Staat hat es in diesem Kontext besonders schwer. Unsere Studie „Freiheit versus Regulierung im Internet“, realisiert mit dem Institut für Demoskopie Allensbach, ergab: Dem Staat wird auch im digitalen Lebensraum eine Rolle als Schutzorgan zugewiesen. 61 Prozent der



Bevölkerung wünschen sich staatliche Regeln. Staat und Wirtschaft sind in der Pflicht, mehr Sicherheit in der Onlinekommunikation zu schaffen. Jeweils gut 80 Prozent der Befragten plädieren dafür. Allerdings glaubt der weitestgehend größte Teil der Bevölkerung nicht daran, dass Staat (76 Prozent) und Wirtschaft (68 Prozent) eine sichere digitale Kommunikation überhaupt gewährleisten können.

### Verwaltung muss Bedenken zerstreuen

Wie also einen allgemein akzeptierten Weg bei der Regulierung von Datensicherheit finden? Sicherheit muss gewährleistet werden, ohne die verfassungsrechtlich garantierte Freiheit des Einzelnen einzuschränken. Dabei sehen sich die Internetnutzer durchaus selbst in der Verantwortung. 59 Prozent der Befragten sagen, jeder Internetnutzer ist selbst für seine Sicherheit verantwortlich. Insgesamt bewerten die Befragten ihren Einfluss auf die Sicherheit ihrer Daten im Netz sehr nüchtern. Knapp 80 Prozent gehen davon aus, dass der Einzelne wenig (38 Prozent) oder nichts beeinflussen kann (40 Prozent).

Trotz aller vorhandenen Skepsis nutzen die Menschen Internetangebote zunehmend, weil sie ihnen allumfassend die Gestaltung des Lebensalltags erleichtern – schnell, leicht und unabhängig, überall und immer. Die Angebote der Verwaltung in Deutschland hinken dieser Entwicklung hinterher. Ein Schritt zum modernen E-Government könnte ein konsequent umgesetztes Once-only-Prinzip werden. Dies würde allen Beteiligten Zeit und Mehraufwand ersparen.

Bedenken im Hinblick auf Datenschutz und Datensicherheit hemmen die zügige Umsetzung vehement. Die Verwaltung ist gefordert, durch eine aktive Informationspolitik derartige Bedenken zu zerstreuen. Es kommt darauf an, die Bürger von der Sorgfalt zu überzeugen, mit der die Verwaltung und ihre Dienstleister bei modernem E-Government gerade auch mit sensiblen Daten umgehen.

Um dieses Ziel zu erreichen, muss auf ein Umdenken der in der Verwaltung beschäftigten Menschen hingearbeitet werden. Als erfolgreich sollte künftig anerkannt werden, wer sich proaktiv um die Belange der Bürger kümmert. Außerdem sollten zahlreiche Verwaltungs-

regeln und gesetzliche Vorschriften wie die oft zwingend vorgeschriebene Schriftform schnellstens abgeschüttelt und überwunden werden.

Eine Lösung könnte so lauten: Alle Schriftformerfordernisse und Nachweispflichten treten binnen eines bestimmten Zeitraums außer Kraft. Dann kann sich jeder, der Schriftform für seine Arbeit als unabdingbar einschätzt, auf den Weg für ein neues Gesetz begeben. Er müsste dann begründen, warum die Schriftform in diesem konkreten Fall wirklich notwendig ist. Das nenne ich regulierte Disruption.



▲ Matthias Kammer ist Direktor des Deutschen Instituts für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI).

# Eine Identität für alle Onlineangebote

## Das Servicekonto.NRW bietet eine zukunftssichere Authentisierungslösung als landesweiten Dienst

**Das Servicekonto.NRW wurde im Herbst 2017 öffentlich vorgestellt. Seither wird es im Auftrag des Landes Nordrhein-Westfalen vom Dachverband kommunaler IT-Dienstleister, KDN, betrieben. Nun können Anwender mit lediglich einem Account alle Onlineangebote von Städten, Gemeinden und Kreisen des Landes nutzen.**

Das Servicekonto.NRW ist ein Schritt zum standardisierten und nutzerfreundlichen Zugang zu digitalen Verwaltungsangeboten im Land Nordrhein-Westfalen (NRW), in Deutschland sowie europaweit. Jede Bürgerin und jeder Bürger, und künftig auch jedes Unternehmen oder jede Organisation, benötigt lediglich ein Benutzerkonto, um sich in allen Onlinediensten der Verwaltung sicher auszuweisen – unabhängig davon, welche Behörde den Dienst anbietet. Das Servicekonto.NRW erfüllt die Anforderungen an einen universellen Authentifizierungsdienst mit den Vertrauensniveaus „normal“ und „hoch“ sowie alle Datenschutzanforderungen: Die Hoheit über ihren Account liegt stets bei den Nutzerinnen und Nutzern. Die Registrierung und Nutzung ist freiwillig und das Konto kann jederzeit selbst wieder gelöscht werden.

### Vorteile für die Verwaltung

Alle öffentlichen Verwaltungen in NRW haben die Möglichkeit, die Authentisierung von Benutzern über das Servicekonto.NRW in eigene Onlinedienste zu integrieren. Die Einbindung des Servicekontos entlastet die Verwaltungen: Standardisierte Schreibweisen in Portalen und Verwaltungsverfahren ver-

meiden Tippfehler und verringern den Prüfaufwand. Lokale Portalbetreiber werden zudem von Betrieb und Support für Identitäts- und Authentifizierungsdienste entlastet. Überdies wurde sichergestellt, dass in Zukunft neue Servicekonto-Funktionen problemlos eingeführt werden können.

### Partnerschaft fürs Servicekonto

Diensteanbieter des Servicekonto.NRW ist das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie (MWIDE) des Landes NRW, das auch Inhaber des landesweiten Berechtigungszertifikats für die Nutzung der Online-Ausweisfunktion des Personalausweises ist. Betrieben wird das Servicekonto.NRW vom KDN-Dachverband.

Es basiert auf einer Lösung der Governikus KG, die gleichzeitig Entwicklungspartner des KDN-Dachverbandes ist. Damit ist sichergestellt, dass auch andere Bundesländer die Technologie im Rahmen der Governikus-Anwendung vollumfänglich nutzen können.

### Modular, skalierbar und flexibel

Das Servicekonto.NRW ist modular und kann flexibel um zusätzliche Funktionen erweitert werden. Der IT-Beauftragte des Landes, die kommunalen Spitzenverbände in NRW und der KDN haben sich verpflichtet, das Servicekonto.NRW auf der Grundlage der Empfehlungen und Beschlüsse des IT-Planungsrats gemeinsam weiterzuentwickeln. Derzeit werden die Eckpunkte für die Erweiterung des

### Hintergrund: Interoperables Servicekonto

2016 beschlossen Bund und Länder, ihre bestehenden Verwaltungsportale zu einem Portalverbund zusammenzuführen. Interoperable Servicekonten sollen den Zugriff auf alle im Verbund gebündelten Verwaltungsleistungen mithilfe eines einzigen Nutzeraccounts ermöglichen. Inzwischen befassen sich verschiedene IT-Dienstleister mit der Umsetzung. Bereits in der letzten Ausgabe der Vitako aktuell stellten wir zwei weitere Lösungen für interoperable Servicekonten vor ([https://www.vitako.de/Publikationen/VA\\_01-2018\\_Bundesausgabe\\_web.pdf#page=22](https://www.vitako.de/Publikationen/VA_01-2018_Bundesausgabe_web.pdf#page=22)). Vitako hat zudem im November 2017 die Facharbeitsgruppe „Servicekonten und Portalverbund“ ins Leben gerufen.



Servicekonto.NRW zur Nutzung durch Organisationen sowie eine Postfachfunktionalität definiert.

Das Servicekonto.NRW ist ganz bewusst kein integraler Bestandteil eines bestimmten Portals, sondern kann als Webservice flexibel in jedem Onlinedienst integriert werden. Damit bleibt das Verwaltungsportal beziehungsweise der Verwaltungsdienst vor Ort der Einstiegspunkt für die Nutzung. Das Servicekonto.NRW kommt erst ins Spiel, wenn eine Anmeldung, die Eingabe von Nutzerdaten oder der Nachweis der Identifikation notwendig ist. Alternativ kann das Servicekonto.NRW auch temporär, also in der aktuellen Transaktion, genutzt werden. In diesem Fall ist keine Registrierung notwendig. Durch diesen Ansatz eines landesweiten, nicht portalgebundenen Dienstes werden Investitionen geschützt und für die Betreiber der kommunalen Portale eine maximale Flexibilität bei der Bereitstellung ihrer Dienste sichergestellt.

### Maximaler Nutzwert durch Interoperabilität

Erklärtes Ziel der Gesamtarchitektur von Servicekonten ist die Nutzung von Diensten über alle Ebenen der Verwaltung hinweg. Damit dieser Anspruch realisiert werden kann, müssen die

einzelnen Komponenten, zu denen auch das Servicekonto.NRW gehört, interoperabel sein, Identitäten also untereinander austauschen können. Nötig ist hierzu die Festlegung von Standards und Austauschformaten, die die reibungslose Kommunikation zwischen den Teilnehmern der Föderation sichern. Diesem Gedanken folgend ist das Servicekonto.NRW von Anfang an konsequent interoperabel konzipiert worden: Gemeinsam mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat (StMF) hat der KDN-Dachverband für das Land Nordrhein-Westfalen im Rahmen eines Proof of Concept (PoC) die Interoperabilität der Servicekonten der beiden Länder erfolgreich nachgewiesen.

In der nächsten Stufe beginnt nun unter Federführung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) die Pilotierung der Interoperabilität unter Beteiligung der Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Bayern, Hamburg, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Es geht darum nachzuweisen, dass die Servicekonten auch im geplanten Portalverbund Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen in Deutschland eine sichere und bedienungsfreundliche Nutzung von Onlinediensten der Verwaltung über alle Ebenen hinweg ermöglichen.



▲ Prof. Dr. Andreas Engel ist Geschäftsführer des KDN-Dachverbands kommunaler IT-Dienstleister und Vitako-Vorstandsmitglied.



▲ Patrick Schubert ist IT-Manager beim KDN-Dachverband.

Let's do  
**IT.**

Nicolé J. (31),  
seit zwei Jahren  
bei Dataport.

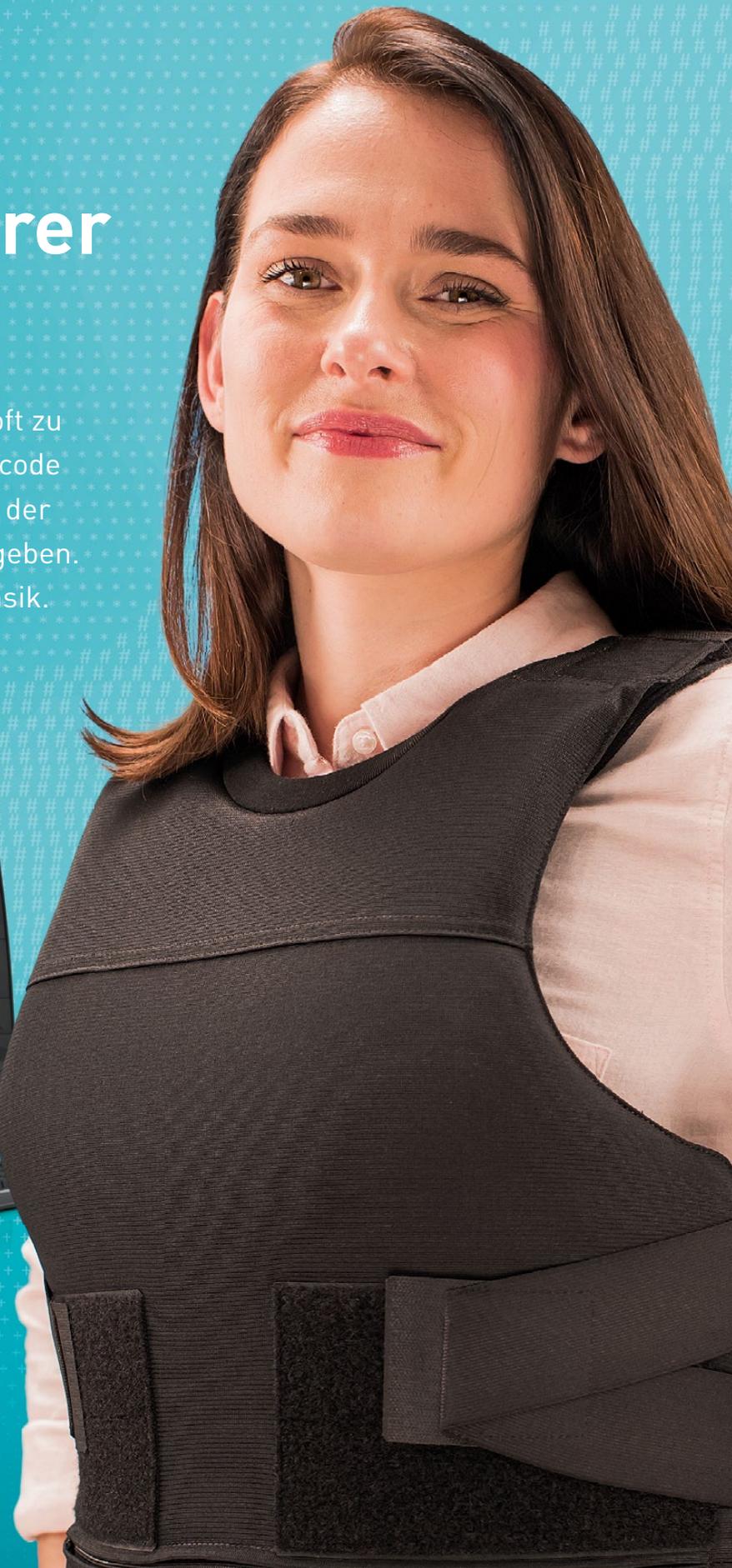
# Daten sichern mit kugelsicherer Weste.

Der Sinn-Faktor kommt in IT-Berufen oft zu kurz. Bei uns ist er sozusagen im Quellcode festgeschrieben. Wir arbeiten stets mit der Gewissheit, der Gesellschaft etwas zu geben. Zum Beispiel eine zeitgemäße IT-Forensik.

[www.dataport.de](http://www.dataport.de)



**dataport**  
GUT FÜR ALLE.  GUT FÜR DICH.



# E-Rechnung für alle

## Der ZUGFeRD-Standard findet immer mehr Verbreitung

**Ein einheitliches, strukturiertes Datenformat für E-Rechnungen, das von öffentlicher Verwaltung wie auch der Wirtschaft genutzt werden kann, ist eine wesentliche Voraussetzung, um Rechnungsprozesse zu vereinfachen. Standards wie ZUGFeRD helfen, den Weg für durchgängig digitale Rechnungsprozesse frei zu machen.**



Das Forum elektronische Rechnung Deutschland (FeRD) hat unter dem Namen ZUGFeRD (Zentraler User Guide des Forums elektronische Rechnung Deutschland) bereits 2014 ein solches einheitliches Datenformat entwickelt. ZUGFeRD ist als hybrides Format konzipiert, das aus einem strukturierten XML-Datensatz und einem von Menschen lesbaren PDF/A-3 besteht. Durch diese Kombination ist das Format ohne vorherige Absprachen zwischen Rechnungssendern und -empfängern einsetzbar. Rechnungsempfänger haben die Wahl, ob sie die strukturierten XML-Daten zur automatischen Buchung nutzen oder das PDF als Rechnung verwenden.

ZUGFeRD 1.0 ist seit Juni 2014 verfügbar. Es wurde bis heute mehr als 20.000 Mal heruntergeladen und findet sich mittlerweile in zahlreichen Softwarelösungen. Die Weiterentwicklung ZUGFeRD 2.0 wurde im September 2017 verabschiedet. Sie erfüllt die Voraussetzungen des Datenformats der EU-Rechnungsrichtlinie 2014/55/EU und kann in allen EU-Mitgliedstaaten verwendet werden.

Frankreich und die Schweiz haben das hybride Rechnungsformat basierend auf ZUGFeRD übernommen. Deutschland und Frankreich haben sich auf das gemeinsame Format Factur-x verständigt, das ZUGFeRD 2.0 entspricht; in der Schweiz wird eine „Handlungsempfehlung ZUGFeRD“ erarbeitet. Die Erfahrungen in beiden Ländern zeigen, dass mit der Verwendung eines hybriden Formats die breite Verwendung der E-Rechnung erheblich beschleunigt werden kann.

Die EU-Richtlinie 2014/55 für das öffentliche Auftragswesen unterstützt die Verbreitung von strukturierten elektronischen Rechnungen europaweit. Die Umsetzung dieser Richtlinie in Deutschland erfolgte durch das E-Rechnungsgesetz des Bundes, Umsetzungen in den Ländern werden folgen. Demnach sollen E-Rechnungssteller und E-Rechnungssender grundsätzlich den Datenaustauschstandard „XRechnung“ in der aktuellen Fassung verwenden. Alternativ kann aber auch ein hybrides Datenaustauschformat wie ZUGFeRD 2.0 verwendet werden, wenn es den Anforderungen der europäischen Norm entspricht – was bei ZUGFeRD 2.0 der Fall ist.



◀ Rechtsanwalt Stefan Engel-Flehsig ist Leiter des Forums elektronische Rechnungen in Deutschland (FeRD).

### Links rund um ZUGFeRD

- ▶ Umfassende Informationen zu FeRD und Download: [www.ferd-net.de](http://www.ferd-net.de)
- ▶ Übersicht ZUGFeRD-basierter Softwarelösungen: [www.zugferd-community.net](http://www.zugferd-community.net)
- ▶ Factur-x: <http://fnfe-mpe.org/factor-x/>

Öffentliche Verwaltung und agile Softwareentwicklung – passt das zusammen?  
Tatsächlich übernahm der öffentliche Sektor agile Projektmanagement-Methoden schon vor anderen Branchen. Vitako aktuell fragte einen kommunalen IT-Dienstleister und zwei Bundesbehörden nach dem Wie der Umsetzung und den gemachten Erfahrungen.

# Agile Entwicklung in der Verwaltung

## Effizienz für komplexe Projekte

**Agile Methoden halten den bürokratischen Overhead in Projekten klein und verzichten auf starre Hierarchien. Stattdessen setzen sie auf selbst organisierende Teams, enge Kommunikation und ein iteratives Schritt-für-Schritt-Vorgehen. So lassen sich in kurzer Zeit nutzbare und nutzerorientierte Softwareprodukte entwickeln – sogar dann, wenn die Anforderungen zu Beginn noch nicht beschrieben werden können oder im Entwicklungsprozess angepasst werden müssen. Allerdings müssen dafür alle Beteiligten in den Organisationen mitziehen.**

## Dataport **Kleine, schnelle, flexible Teams**

Dataport setzt bereits seit mehreren Jahren agile Methoden in der Softwareentwicklung ein. Doch mit dem Hamburger „digital first“-Programm hat Agilität an Bedeutung gewonnen. Das „digital first“-Programm soll in Zukunft nahezu alle Behördengänge online ermöglichen. Als Grundlage dafür hat die Stadt Hamburg gemeinsam mit Dataport eine neue Onlineservice-Infrastruktur geschaffen, die eine Reihe von Basisdiensten wie das zentrale Servicekonto, das Servicepostfach sowie einen Service-Connector für die Anbindung von Onlinediensten enthält. An diese Infrastruktur können verschiedene Onlinedienste angedockt werden. So soll schnell eine große Anzahl gekapselter Onlinedienste realisiert werden, die jeweils von eigenen interdisziplinären Teams entwickelt und betrieben werden.

Dataport entschied sich, agile Entwicklung nach der Scrum-Methode zur entscheidenden Vorgehensweise für den gesamten Produktzyklus zu machen.

Als erster Onlinedienst für die neue Plattform sollte die Meldung von Asbestfunden für Firmen umgesetzt werden. Zunächst wurde in einem Design-Thinking-Workshop mit „digital first“, der Fachbehörde und Dataport ermittelt, welche Features das „Minimal Viable Product“ – die erste minimal funktionsfähige Version des Asbestmelters – enthalten soll. Die Ergebnisse wurden an das Scrum-Team übergeben. Der Product Owner – in der Scrum-Terminologie die Person, die die Rolle des Produktverantwortlichen innehat – definierte dann in Rücksprache mit dem Auftraggeber einen priorisierten, langfristigen Plan (das Product Backlog) als Ausgangsbasis für die Entwicklungsintervalle (die Sprintzyklen) des Scrum-Teams. Im ersten Schritt sollte eine grafische Oberfläche bereitgestellt werden. So konnte die Anwendung in einem frühen Stadium ausprobiert werden und es war möglich, bereits frühzeitig Feedback zur Anwendung zu erhalten. Am Ende stand fristgerecht die erste Produktversion für den

Testbetrieb bereit, die den Ansprüchen der Auftraggeber und der Endanwender genügt.

### **Scrum erlaubt sinnvolles Reagieren auf Unvorhergesehenes**

Warum war ein agiles Vorgehen mit Hilfe von Scrum sinnvoll? Während der Umsetzung stieß das Scrum-Team auf eine Reihe von Fragen und Problemen. So wurden zum Beispiel Aufwände für die Anbindung von Schnittstellen unterschätzt. Oder es mussten zu Beginn der Entwicklungsarbeiten noch nicht benannte Features umgesetzt werden. Auch zeigte sich erst spät, dass ein aufwendigeres User Interface notwendig war als ursprünglich vorgesehen. Durch die Wahl von Scrum als Modell konnte jedoch strategisch sinnvoll reagiert und die Planung von Sprint zu Sprint angepasst werden.

Der Autor Jan Steinke ist Gruppenleiter Softwareentwicklung bei Dataport.

## Bundesverwaltungsamt (BVA)

### Kurze Umsetzungszeiten trotz unklarer Anforderungen

Agile Methoden zur Softwareentwicklung werden im Bundesverwaltungsamt (BVA) seit 2013 eingesetzt, zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden geschult und zertifiziert. Mehrere Großprojekte wurden bereits mit Erfolg agil durchgeführt, weitere sind in der Umsetzung. Damit reagiert das BVA auf veränderte Erwartungen seiner Kunden und veränderte Rahmenbedingungen wie etwa kürzere Umsetzungszeiten bei unklaren Detailanforderungen.

Anhand der Beihilfe-App lassen sich diese Aspekte gut nachvollziehen: Der papiergebundene Antragsprozess beim BVA verlangt, drei Seiten Papier einzureichen. Da immer mehr private Krankenkassenversicherungen die Antragsstellung per App anbieten, verändert sich die Erwartungshaltung der beihilfeberechtigten Kunden an ihren Dienstleister. Daher setzte das BVA bei der Entwicklung der Beihilfe-App auf ein agiles Vorgehen mithilfe von Scrum. Sowohl aufseiten des für die Beihilfearbeitung verantwortlichen Fachbereichs als auch der Soft-

wareentwicklung waren mit beihilfeberechtigten Beamten auch potenzielle Kunden am Projekt beteiligt – ein klarer Vorteil, denn so konnte die Kundenperspektive berücksichtigt werden.

#### Engagiertes Projektteam

Während der Scrum-Meetings und darüber hinaus arbeiteten der Fachbereich und die Softwareentwicklung eng zusammen. Daher konnten auch die Belange der Festsetzungsstellen bei der Entwicklung zum Tragen kommen. Die Besprechung der Entwicklungsergebnisse (Sprint Reviews) in kurzen Abständen weckte bei allen Projektmitgliedern ein hohes Verantwortungsbewusstsein für das Produkt, die Beihilfe-App. Die im Vergleich zu klassischen Softwareentwicklungsprojekten intensive Kommunikation führte zu einem besseren Verständnis anderer Sichtweisen und zu einer höheren Softwarequalität.

#### Passen die Voraussetzungen?

Um das Potenzial der agilen IT-Entwicklung im öffentlichen Sektor zu nutzen,

ist eine Organisation nötig, die sich auf agile Vorgehens- und Kooperationsweisen einlässt – was in Behörden keine Selbstverständlichkeit ist. Eine der größten Herausforderungen der kommenden Jahre wird deshalb sein, die organisatorischen und personellen Voraussetzungen für eine digitalisierte Arbeitswelt zu schaffen. Die steigende Bedeutung von Wissensarbeit, Eigenverantwortung und Selbstdisposition der Beschäftigten erfordert eine Anpassung von Feedback- und Führungskulturen. Beim BVA findet die Entwicklung eines agilen Mindsets auf allen Ebenen statt. Die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der Mitarbeiter wird ebenso wie ihre Befähigung zur Netzwerkarbeit gefördert.



◀ Till Becker-Adam ist beim Referat Projektmanagement und Softwareentwicklung des BVA beschäftigt.

**Nah am Bürger und schnell durch die Verwaltung.**

**5** Minuten für eine Beantragung

**48%** aller Bewohnerparkausweise werden bei der Stadt Aachen online beantragt

**bewohnerparken** – die Webapplikation, mit der Bürger/-innen Bewohnerparkausweise 24 Stunden pro Tag online beantragen und selbst über die print@home-Funktion ausdrucken können.

## Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

### Kompetenzbasierte Teams und kundenorientiertes Handeln

Im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wird die Methode der agilen Softwareentwicklung durch das IT-Labor betreut, gesteuert und skaliert. Gestartet wurde Anfang 2017 mit einem freiwilligen, motivierten Team aus der IT-Abteilung, das zunächst von einem externen agilen Coach betreut wurde. Das erste Pilotpro-

jekt hatte einen starken Fokus auf dem Erlernen der agilen Scrum-Methode, daneben wurde jedoch auch Wert auf die Herstellung funktionierender, nutzerzentrierter Software gelegt. Inzwischen hat das BAMF die Anzahl der Teams erhöht und auf Leitungsebene besteht

der Plan, Scrum nicht nur für Softwareprojekte, sondern auch für andere Projekte einzusetzen. Vor allem zwei Aspekte der agilen Softwareentwicklung zeigen sich aus BAMF-Sicht als Vorzüge, aber auch Herausforderungen: die Orientierung am Kunden und die kompetenzbasierte Organisation der Teams.

Spätestens, wenn es darum geht, Benutzer aus externen Behörden oder außerhalb der Behördenlandschaft einzubinden, müssen auch deren Bedürfnisse an die Software beachtet werden, um die Akzeptanz der BAMF-Dienste in der Öffentlichkeit zu fördern. Aber auch für interne Abläufe ist diese Akzeptanz ein wichtiger Faktor. Daher führen die Teams im BAMF regelmäßig Workshops mit den künftigen Benutzern von

in der Entwicklung befindlichen Anwendungen durch. Dabei wird eruiert, welche Funktionen gebraucht werden und wie diese für einen optimalen Arbeitsablauf strukturiert werden sollten.

#### Führungskräfte profitieren von der Transparenz in Scrum-Projekten

Die Entscheidungsgewalt in Scrum-Teams orientiert sich nicht an etwaigen, in der Organisation bestehenden Hierarchien, sondern an sogenannten Rollen, die jeweils Umsetzungskompetenz besitzen. So bestimmt etwa der „Product Owner“, was umgesetzt wird, das Wie der Umsetzung. So kommt es zwischen den Rollen zu einer ständigen Verhandlung über den bestmöglichen Weg, ein Produkt umzusetzen – ohne dass eine Rolle hierbei weisungsbefugt ist. Führungskräfte können dabei das Gefühl erhalten, keine Steuerungsmöglichkeiten über die Teams zu haben. Deswegen ist es dem BAMF besonders wichtig, dass Product Owner einen guten Draht zur Führungsebene behalten und die Priorisierung und die Fortschritte offenlegen und dass jeder Punkt diskutiert werden darf. Im Endeffekt haben Führungskräfte in Scrum-Projekten sogar mehr Einfluss, da sie durch die erhöhte Transparenz von Scrum besser am Fortschritt des Projekts beteiligt werden und früher Einwände einbringen können als bei herkömmlichen, nicht agilen Modellen der Softwareentwicklung.

Das IT-Labor des BAMF steht für einen Austausch über Scrum zur Verfügung und freut sich sehr über Kontaktaufnahme unter [Andreas.Fulde@bamf.bund.de](mailto:Andreas.Fulde@bamf.bund.de)

### Agile Prozesse erlauben Software- entwicklung entlang der Anwender- bedürfnisse.



▲ Andreas Fulde leitet das IT-Labor beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF).



Die Bedeutung von interaktiven Tools und mobilen Anwendungen im E-Government nimmt ständig zu. Vitako stellt in jeder Ausgabe eine App für Bürgerinnen und Bürger vor und bewertet diese in verschiedenen Kategorien. Die Autorinnen Susanna Kuper und Kimia Salehi Ghamsari arbeiten am Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme (FOKUS) im Geschäftsbereich „Digital Public Services“.

# Bürgerapp „Amtzell“

## Gut gepflegt ist halb gewonnen

Wann öffnet das Schwimmbad? Was ergab die Gemeinderatssitzung? Wie alt ist der Kirchturm? Und wie kann ich Missstände im Stadtgebiet an die Verwaltung melden? Moderne Gemeindeapps beantworten solche Fragen und bieten einen niederschweligen Informations- und Kommunikationskanal zwischen der Gemeinde und den Bürgerinnen und Bürgern. Eine Selbstverständlichkeit sind diese Apps aber gerade in kleineren Orten noch nicht. Die 4.207 Einwohner starke Gemeinde Amtzell macht vor, wie eine zielführende Lösung aussehen kann, und überzeugt durch gepflegte, aktuelle Inhalte.

### Zweck

Die App bündelt Informationen rund um das Leben in der Gemeinde. So sind Verwaltungsdienstleistungen alphabetisch, nach Lebenslagen sortiert oder per Volltextsuche zu finden. Der Schadensmelder ist ein direkter Kommunikationskanal zwischen Bürgern und Verwaltung. Ob ein Rückkanal existiert, wurde nicht getestet. Des Weiteren dient die App dazu, aktuelle Informationen zu verbreiten sowie Veranstaltungen zu bewerben. Auch über Partizipationsmöglichkeiten wird informiert. Interessierten stellt sich die Gemeinde in einem Kurzporträt und mit Bildern vor. Dem Tourismus wird mit einem eigenen Unterpunkt Rechnung getragen.

### Gestaltung/Bedienkomfort

Für die Nutzung reicht der Download, eine Anmeldung ist nicht nötig. Die App ist modern gestaltet und nutzt zur Identifikation das Logo und die Farbgebung

der Gemeinde. Die übersichtliche Navigation wird durch integrierte Suchleisten ergänzt.

Den Austausch der Nutzer untereinander fördert die App-Lösung derzeit nicht. Interaktive Elemente, wie etwa Kommentare oder Gastronomiebewertungen könnten hier einen guten Beitrag leisten. Die Information via Push-Funktion klappte zum Testzeitpunkt nicht.

### Anwendbarkeit

Die App der Gemeinde Amtzell bietet ein umfangreiches Funktionsspektrum für unterschiedliche Zielgruppen. Dabei überzeugt sie vor allem durch gut gepflegte und aktuelle Inhalte. Derzeit werden etwa 63 Veranstaltungen bis zum Ende des Jahres ausgewiesen, tagesaktuelle Einträge sind unter „Aktuelles“ zu finden. Die iOS-Version funktioniert weitestgehend fehlerfrei, während bei der Android-Variante eine Reihe von Problemen auftreten. So werden zurückliegende Veranstaltungseinträge nicht angezeigt. Beim Bürgerinformationssystem treten Fehlermeldungen in einem Ausmaß auf, das dieses potenziell relevante und interessante Feature für Android-Nutzer quasi unzugänglich macht. Angereichert werden könnte das Informationsangebot im Bereich Tourismus, bei dem hauptsächlich auf den gemeindeeigenen Gästeservice verwiesen wird.

### Kompatibilität und Kosten

Die Bürgerapp „Amtzell“ ist kostenlos und derzeit als mobile Anwendung sowie Webanwendung verfügbar.



### Grafische Gestaltung

Übersichtlichkeit	2	■ ■ ■
Suchfunktionalität	2	■ ■ ■
Modernes Design	2	■ ■ ■

### Bedienkomfort

Menüführung	1	■
Mehrsprachigkeit	6	■ ■ ■ ■ ■ ■
Verständlichkeit der Informationen (Sprache)	3	■ ■ ■

### Anwendbarkeit

Datendichte	2	■ ■ ■
Informationsgehalt	1	■
Hintergrundinformationen	2	■ ■ ■
Weiterführende Verlinkungen	3	■ ■ ■
Zielgruppenorientierung	2	■ ■ ■
Partizipationsmöglichkeiten	3	■ ■ ■
Direktes Feedback zu Behörden möglich	2	■ ■ ■

### Kompatibilität und Kosten

Kompatibilität zu versch. Betriebssystemen	3	■ ■ ■
Nutzung im Web möglich	1	■
Nutzungsgebühren	1	■
Open Source	3	■ ■ ■
Transparenz	2	■ ■ ■

Notenstufen von 1 bis 6 (nicht vorhanden/sehr schlecht)

1	■	2	■ ■ ■	3	■ ■ ■ ■
4	■ ■ ■ ■	5	■ ■ ■ ■ ■	6	■ ■ ■ ■ ■ ■

# Bürgeramt 24/7

Ob online, auf dem Bürgeramt oder am Telefon unter der Behördenrufnummer 115: Jeder hat Erfahrungen mit der Verwaltung gemacht – und die ist viel besser als ihr Ruf. Uns interessieren die gelungenen Storys! Schreiben Sie uns unter [aktuell@vitako.de](mailto:aktuell@vitako.de)

## Notfallhilfe per Telefon

Es war ein schwüler Sommerabend, als wir für ein schnelles Bad zu einem See am Stadtrand fuhren. Das Wasser war klar und kühl, eine Wohltat! Mir brach allerdings bald wieder der Schweiß aus – als ich nämlich den Rückfahrtschein für die S-Bahn kaufen wollte und das Fehlen meines Portemonnaies bemerkte! Bargeld war nicht viel darin, aber alle Plastikkarten, die der moderne Mensch so braucht. Ich war blank, konnte kein neues Geld abheben, hatte keinen Ausweis mehr und wollte auch noch in wenigen Tagen verreisen. Von Bibliothekskarten, Krankenkassenkarte und ähnlichem Luxus gar nicht zu reden – alles weg!

Von langen Wartezeiten auf Berliner Bürgerämtern hatte ich schon gehört. Einigermmaßen verzweifelt rief ich früh am nächsten Tag bei der „115“, dem zentralen Bürgertelefon, an. Die Mitarbeiterin war meine Rettung! Sie war unglaublich freundlich und patent, sodass ich mich sofort beruhigte. Sie erklärte mir das Vorgehen Schritt für Schritt und reservierte mir noch für den gleichen Nachmittag einen Termin bei dem, soweit ich weiß, einzigen Berliner Bürgeramt, bei dem man Leistungen nicht mit Bankkarte zahlen muss (ich hatte ja keine mehr). Zuvor sollte ich den Diebstahl polizeilich anzeigen, und wenn ich mich recht erinnere, hat sie mir auch die nächstgelegene Wache herausgesucht. Ja, dann musste ich noch persönlich aufs Amt und der Antrag für den vorläufigen Personalausweis wurde auch mit altmodischen Formularen abgewickelt – aber das 115-Bürgertelefon hat mir moralisch und organisatorisch sehr geholfen!

Gabriele Holze, Berlin

# Branchenticker

Sie möchten Branchenmeldungen jeden Freitag in Ihr E-Mail-Postfach bekommen?  
Zum Newsletter-Abo geht es unter [www.vitako.de/abonnements](http://www.vitako.de/abonnements)

## EU-Blockchain-Forum

Die zu Jahresbeginn gegründete „Beobachtungsstelle und das Forum der EU für die Blockchain-Technologie“ sucht Teilnehmende für zwei Arbeitsgruppen. Die Arbeitsgruppe „Use Cases and Transition Scenarios“ befasst sich vor allem mit Fragen der Umsetzung, also mit möglichen, vielversprechenden Anwendungsfällen speziell für den öffentlichen Sektor, von E-Government über Identitätsabfragen bis hin zu Health Care und Umweltschutz. In der zweiten Arbeitsgruppe soll es um eine mögliche Blockchain Policy und Bedingungen der Nutzung dieser Technologie gehen. Diskutiert werden sollen der Rechtsrahmen, Datenschutzfragen sowie Fragen der Skalierbarkeit und Interoperabilität. <https://goo.gl/pjKpZj>

## Blockchain-Umfrage

Unternehmensentscheider fordern Lösungen auf Blockchain-Basis für den Austausch mit staatlichen Stellen. Knapp 70 Prozent denken, dass Blockchain die Sicherheit beim Datenaustausch mit Verwaltung und Behörden verbessert. Das belegt eine Umfrage des Verbands der Internetwirtschaft Eco, für die rund 500 Entscheider befragt wurden. Mehr als zwei Drittel der Befragten (69 Prozent) möchten, dass Staat und Verwaltung durch den Einsatz der Blockchain als Vorreiter für innovative Informationstechnologien auftreten. 61 Prozent halten die Blockchain für nachhaltig sicher. Als mögliche Anwendungsszenarien wurden das Einreichen digitaler Formulare, KfZ-An- und -Ummeldungen und automatisierte Verwaltungsprozesse genannt. <https://goo.gl/Usu41z>

## Verknüpfung kommunaler Daten

Städte und Gemeinden erheben bei Erfüllung ihrer Aufgaben verschiedenste Daten. Damit diese auch von anderen Kommunen oder der Wirtschaft genutzt werden können, soll ein virtueller Datenraum entstehen, der die proaktive Bereitstellung, den sicheren Austausch und die einfache Verknüpfung kommunaler Daten unterstützt. In drei Modellregionen untersucht Fraunhofer FOKUS gemeinsam mit zwei weiteren Fraunhofer-Instituten unter anderem, welche Daten bereits in welchen Formaten vorliegen, welche Akteure Interesse am Datenaustausch haben, welche Anwendungsfälle sinnvoll erscheinen und welche rechtlichen Rahmenbedingungen für den Aufbau eines urbanen Datenraums zu beachten sind. <https://goo.gl/qgeHg9>

# Köpfe & Technik

In unserer Rätselreihe beschreiben wir eine Technologie, ein technisches Gerät oder eine Person, die für (mindestens) eine bedeutende technische Neuerung verantwortlich ist. **Erraten Sie, worum es diesmal geht?**

In dieser Ausgabe des Technikrätsels geht es um ein Gerät, das voller schlechter Eigenschaften steckt – und das dennoch, bis technische Fortschritte es überflüssig machten, weit verbreitet war. Die Handhabung war umständlich: Um es zu nutzen, musste man sich oft erst einmal auf die Knie begeben, zudem verhinderte sein Einsatz die Verwendung einer anderen, etablierten Kommunikationstechnologie. Überdies verursachte unser Gerät nervenzerfetzende Geräusche und stellte Nutzerinnen und Nutzer auf harte Geduldspuren. Dennoch war es für PC-User

der ersten (und zweiten) Stunde unentbehrlich und kam eine Zeit lang in sehr vielen Haushalten und Büros zum Einsatz, denn es ermöglichte den Zugang zu einem jungen Medium, das gerade dabei war, sich enorm schnell zu entwickeln. Die ersten kommerziellen Vorläufer des von uns gesuchten Geräts tauchten bereits Ende der 50er-Jahre auf. Bis heute wird die zugrunde liegende Technologie genutzt, um digitale und analoge Signale über weite Strecken zu übertragen. Allerdings geht das inzwischen viel komfortabler und schneller als mit dem Endanwendergerät, nach dessen Namen wir hier fragen. Dieses verlor an Bedeutung, als sich eine bessere Anbindung an das oben erwähnte neuartige Medium zunehmend verbreitete.



▲ Sibylle Mühlke ist freiberufliche Texterin und Autorin u. a. für IT-Themen.

## Was war's?

Die Auflösung finden Sie unter dem Impressum auf Seite 4.

# Vitako intern

Vitako intern ist unser E-Magazin, das über aktuelle IT- und E-Government-Themen informiert – aus der Binnenperspektive der kommunalen IT-Dienstleister. Unser PDF-Magazin erscheint alle zwei Monate und präsentiert spannende Berichte aus der Welt der kommunalen IT. Das E-Magazin ist im E-Mail-Abonnement frei erhältlich. [www.vitako.de/vitakointern](http://www.vitako.de/vitakointern)

## In der aktuellen Ausgabe

Schwerpunkt der Anfang Juni erscheinenden „Vitako intern“ ist der 6. Zukunftskongress Staat & Verwaltung, der unter der Schirmherrschaft des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) vom 18. bis zum 20. Juni 2018 im Berlin Congress Center (bcc) am Alexanderplatz stattfindet. Vitako ist zum sechsten Mal Kongresspartner und mit eigenem Messestand und vielfältigen Programmaktivitäten an der „Leitveranstaltung des Public Sectors für Digitalen Wandel“ beteiligt. Unsere drei Best-Practice-Dialoge beschäftigen sich mit den Themen Blockchain, IT-Governance und Registermodernisierung. Hierzu werden namhafte

Experten versiert und praxisbezogen diskutieren und sich den Fragen des Publikums stellen.

Mit der Landeshauptstadt Potsdam kann die Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister ihr 57. Mitglied begrüßen. Wir haben uns mit Dr. Christoph Andersen, Leiter des Fachbereichs Steuerung und Innovation, über die Schwerpunkte seiner Arbeit in der Potsdam IT unterhalten. Einen weiteren Schwerpunkt dieser Ausgabe bilden die Berichte aus den Vitako-Facharbeitsgruppen E-Government, Personenstandswesen, IT-Sicherheit und Servicekonten.

## AUSGABE 03 | 2018

### 6. ZUKUNFTSKONGRESS STAAT & VERWALTUNG

IT-Governance auf Augenhöhe

### IM GESPRÄCH

Dr. Christoph Andersen, Potsdam

### MAJOR CITIES OF EUROPE (MCE)

Fachkongress in Leipzig

### NEUES AUS DEN FACHARBEITSGRUPPEN

IT-Sicherheit mitdenken

### AUS DER BRANCHE

Hackathon in Aachen

# Erwartungen an die Digitalpolitik

Was halten die Vitako-Mitglieder von den digitalpolitischen Vorhaben der Bundesregierung? Welche Prioritäten sollen gesetzt werden, um die kommunale IT nach vorne zu bringen? Was wird von den neu zu schaffenden Strukturen erwartet?

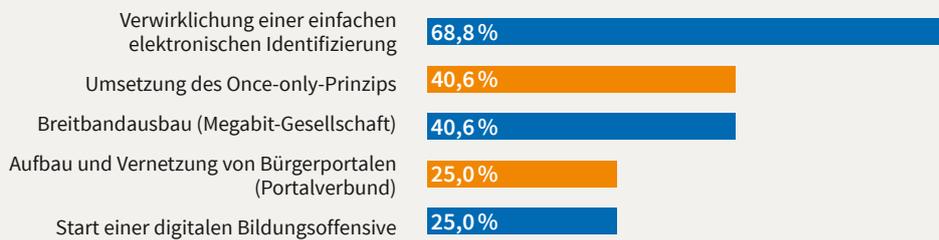
Im Auftrag von Vitako fragte das Marktforschungsinstitut Hiestermann & Frömchen bei den Entscheidern aus den Vitako-Mitgliedsunternehmen nach.

## 1. Welches wird Ihrer Einschätzung nach die wichtigste Auswirkung des Koalitionsvertrags auf die kommunale IT sein?



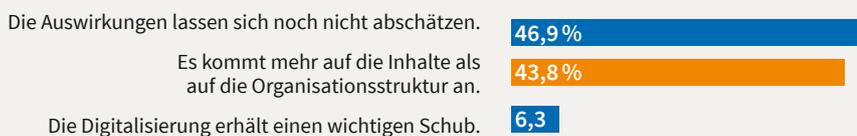
Vom Koalitionsvertrag wird vor allem ein besserer Rechtsrahmen für die kommunale IT erwartet. Fast ein Fünftel bezweifeln große Auswirkungen.

## 2. Welche Prioritäten sollte die Bundesregierung bei der Digitalisierung setzen, um die kommunale IT-Landschaft so gut wie möglich zu fördern?



Um die kommunale IT zu fördern, sprechen sich fast 70 Prozent für die vereinfachte elektronische Identifizierung aus.

## 3. Welche der folgenden Aussagen trifft Ihre Meinung zur Zentralisierung der Digitalisierung im Bundeskanzleramt am besten?



Die Teilnehmer sind noch skeptisch bezüglich konkreter Auswirkungen der Zentralisierung der Digitalisierung im Bundeskanzleramt.

## 4. Welches wird Ihrer Einschätzung nach die wichtigste Auswirkung der geplanten E-Government-Agentur sein?



Die erwarteten Auswirkungen der E-Government-Agentur streuen sehr stark. Am ehesten wird eine Verbesserung im Bereich des Rechts erwartet.

Frage 1, 2, 3: Mehrfachantworten waren möglich.  
Frage 4: Option „Sonstiges“ entfällt.

# Vitako: Spotlight

Zum sechsten Mal jährt sich der Zukunftskongress Staat & Verwaltung. Die „Leitveranstaltung des Public Sectors für den digitalen Wandel“ findet vom 18. bis 20. Juni im Berliner Congress Centrum (bcc) am Alexanderplatz statt. Vitako ist erneut mit Messestand und Beiträgen im Kongressprogramm beteiligt. Unsere Themen in drei „Best-Practice-Dialogen“ sind Blockchain, IT-Governance und Registermodernisierung: 1. Die kommunalen IT-Dienstleister befassen sich seit längerem mit der Frage, unter welchen Bedingungen die Blockchain-Technologie in der öffentlichen Verwaltung eingesetzt werden kann und betreiben seit Ende 2017 ein eigenes Blockchain-Lab, dessen Arbeit vorgestellt wird. 2. Die Verantwortlichen für die digitale Verwaltung vor Ort – die Kommunen, ihre IT-Dienstleister und

die kommunalen Spitzenverbände – sind in Gremien wie dem IT-Planungsrat nicht vertreten. Was hierzulande fehlt, ist eine neu aufgesetzte IT-Governance, für die es interessante Beispiele in der Schweiz und in Dänemark gibt. 3. Brauchen wir zentrale (Spiegel-)Register oder ist eine sinnvolle Verknüpfung bestehender dezentraler Register nicht viel sinnvoller? Mehr Informationen unter: [www.vitako.de/veranstaltungen](http://www.vitako.de/veranstaltungen)

## Die nächste „Vitako aktuell“

erscheint im September 2018. Unser Schwerpunktthema: „Digitalisierung der Arbeit“.

## ITKalender

11. – 15. Juni 2018, Hannover  
CeBIT

18. – 20. Juni 2018, Berlin  
Zukunftskongress Staat & Verwaltung

21. Juni 2018, Potsdam  
Konferenz für Nationale Cybersicherheit

Mehr Informationen und Termine finden Sie im Vitako-ITKalender: [www.itkalender.de](http://www.itkalender.de)

## That's IT



Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe (krz)  
Bismarckstraße 23 • 32657 Lemgo  
Telefon: +49 5261 252-0 • Fax: +49 5261 252-200 • [info@krz.de](mailto:info@krz.de)

[www.krz.de](http://www.krz.de)

# DOPPIK

*al dente!*<sup>®</sup>



Kommunaler  
Konsolidierungs-  
Arbeitsplatz  
ab € 3.800,-  
zzgl. USt.

## GESAMTABSCHLUSS.

Immer mehr Kommunen setzen für ihren Gesamtabschluss auf die kommunale Konsolidierungslösung *Doppik al dente!*<sup>®</sup>.

### **Einfach anfangen.**

Die Software kommt arbeitsfertig zu Ihnen – einschließlich Positionenplan und aller für den Gesamtabschluss benötigten Regeln.

Mit unserem Transformationswerkzeug haben Sie die Jahresabschlussdaten der Betriebe schnell importiert.

### **Einfach abstimmen.**

Entlang unserer Belegstruktur werden Sie – auch ohne Spezialkenntnisse der Konzernkonsolidierung – sicher durch den gesamten Prozess geleitet.

Die Buchungslogik („Melde-Buchhaltung“ und „Delta-Buchführung“) folgt dem gewohnten buchhalterischen Denken.

### **Einfach abschließen.**

Die Konsolidierungsrechnung mit all ihren Sonderfällen wird durch das Programm automatisch per Knopfdruck erledigt. Im Konzernbericht können Sie das Rechenwerk in allen Einzelheiten nachvollziehen.

...und es wirklich selbst schaffen.

[www.doppik-al-dente.de](http://www.doppik-al-dente.de)

hallobtf! gmbh · Sie kennen unseren Kai  
(„Kai kann alles inventarisieren“<sup>®</sup>)

**„GESAMTABSCHLUSS WIRKLICH SELBST SCHAFFEN“**  
Kostenfreie Seminare – jetzt anmelden!  
[www.doppik-al-dente.de](http://www.doppik-al-dente.de)